

‘Archive von unten’, die Überlieferung der Neuen Sozialen  
Bewegungen und der schlanke Staat – eine Herausforderung für  
öffentliche Archive?

Transferarbeit zum Abschluss des Referendariats für den Höheren Archivdienst

vorgelegt von

**Stefan Sudmann**

Landesarchiv Baden-Württemberg / Hauptstaatsarchiv Stuttgart

40. Wissenschaftlicher Kurs der Archivschule Marburg

betreut von

**Dr. Regina Keyler**  
(Landesarchiv Baden-Württemberg / Hauptstaatsarchiv Stuttgart)

und

**Dr. Alexandra Lutz**  
(Archivschule Marburg / Institut für Archivwissenschaft)

2007

## Inhalt

1. Die aktuelle Diskussion . . . . .	2
2. Vorgehensweise . . . . .	5
3. Die Archive . . . . .	7
3.1. Das Archiv Soziale Bewegungen . . . . .	7
3.2. Das Mutlangen-Archiv . . . . .	10
3.3. Das Informationszentrum Dritte Welt in Freiburg . . . . .	14
3.4. Das Institut für Friedenspädagogik in Tübingen . . . . .	15
3.5. Das Raubdruck-Archiv . . . . .	16
3.6. Das Bordanowicz-Plakatarchiv in Bruchsal . . . . .	17
3.7. Das Ökodorf-Archiv . . . . .	17
3.8. Das BUND-Archiv in Radolfzell-Möggingen . . . . .	18
4. Die Überlieferung der Aids-Hilfen . . . . .	21
5. Fazit . . . . .	26
6. Literaturverzeichnis . . . . .	31

„Öffentliche Archive verwahren in großem Umfang  
Herrschaftswissen“<sup>1</sup>

## 1. Die aktuelle Diskussion

Die Neuen Sozialen Bewegungen, zu denen u.a. die Frauen-, Friedens- und Umweltschutzbewegungen gerechnet werden<sup>2</sup>, sind in der Zwischenzeit zu einem recht hohen Grad in der etablierten Politik angekommen – was manchen Anlass zur Freude geben mag, vielen jedoch auch Grund zur Kritik<sup>3</sup>. So sind in ähnlicher Weise die Archive der Neuen Sozialen Bewegungen und deren Überlieferung, die auch über Publikationen bekannt gemacht worden sind<sup>4</sup>, in jüngster Zeit auf das Interesse der öffentlichen Archive, vor allem der staatlichen Archivverwaltungen, gestoßen: Die Überlieferung der Gruppen aus den Neuen Sozialen Bewegungen sieht man inzwischen als eine „Überlieferung, der als unmittelbarer Niederschlag prägender gesellschaftlicher Entwicklungen hohe Relevanz beizumessen ist“. Gefordert wird deshalb „ein intensiverer Dialog zwischen Vertretern der ‘Archive von unten’ und der Archive in öffentlicher Trägerschaft“. Gerade hier seien jedoch trotz der wiederholten Thematisierung „nach wie vor gravierende Defizite“ zu konstatieren. Gefordert wird deshalb „mehr Aufmerksamkeit“ seitens der ‘etablierten Archive’ – auch im Sinne einer arbeitsteiligen „Überlieferungsbildung im Verbund“. Eine bessere Kenntnis dieser Einrichtungen sei für die weitere Auseinandersetzung mit dem Thema dringend erforderlich: „Man – und dies gilt für beide Seiten – sollte mehr voneinander wissen“<sup>5</sup>.

Bekannt ist vor allem die angespannte und sich seit einigen Jahren dramatisch verschlechternde finanzielle Situation der freien Archive, worauf deren Vertreter selbst gegenüber den staatlichen Archiven in einem jüngst veröffentlichten Aufruf verwiesen haben<sup>6</sup>.

An theoretischen Auseinandersetzungen mit der Problematik nichtstaatlicher Überlieferung und der Überlieferungsbildung in einer pluralistischen Gesellschaft fehlt es in der archivwissenschaftlichen Diskussion nicht. Oft findet sich dabei ein Rekurs auf das Bewertungsmodell von Hans Booms (auch wenn dieser die Neuen Sozialen

---

<sup>1</sup> Aus: FROWEIN, Archive und Verfassungsordnung, S. 10.

<sup>2</sup> Zur Definition vgl. auch die Beiträge von KLAUS EDER und NORBERT F. SCHNEIDER in WASMUHT (Hg.), Alternativen zur alten Politik, S. 177-206; OLEJNICZAK, Die Dritte-Welt-Bewegung in Deutschland, S. 21-29; UEKÖTTER, Wie neu sind die Neuen Sozialen Bewegungen, S. 115-138.

<sup>3</sup> Zum Beispiel WITTE, Politische Inhalte und mediale Form, S. 6.

<sup>4</sup> In erster Linie zu nennen: HÜTTNER, Archive von unten, v. a. S. 23-135 (Adressen- und Beständeübersicht); zuletzt DERS., Vorwärts und viel vergessen, passim.

<sup>5</sup> KRETZSCHMAR, Rezension zu Bernd Hüttner, *Archive von unten* (2003), S. 222. Eine kritischere Rezension: KRETER, Besprechung von Bernd Hüttner, *Archive von unten*, S. 120-122; darauf die Replik von HÜTTNER, Reflexionen zum Verhältnis von staatlichen, kommunalen und ‘alternativen’ Archiven, S. 131-134, in der dieser selbst die Bedeutung persönlicher Kontakte zwischen den „professionellen“ Archivaren der öffentlichen Archive und den „autodidaktischen“ Archivaren der alternativen Archive betont. Die zunehmende Anerkennung der Freien Archive belegt auch deren Thematisierung in einem jüngst erschienenen Handbuch: BURKHARDT, Arbeiten im Archiv, S. 35f.

<sup>6</sup> BACIA u.a., Archive von unten im Abseits, S. 166-172; zuvor DERS. u.a., Plädoyer für die Bewahrung der Geschichte von unten, Sp. 299-310.

Bewegungen selbst noch gar nicht in dieser Weise im Blickfeld hatte): Angesichts der zunehmenden Pluralisierung der Gesellschaft und der wachsenden Bedeutung gesellschaftlich relevanter Aktivitäten nicht-staatlicher Organisationen forderte Booms vor über 30 Jahren, Archive müssten sich von den bisherigen, auf Provenienz basierenden und auf den Staat fokussierten Bewertungsmodellen verabschieden und stattdessen eine „gesamtgesellschaftliche Dokumentation des öffentlichen Lebens“ anstreben. Eine Orientierung allein am Staat ohne Berücksichtigung der Gesamtgesellschaft bei Bewertung und Überlieferungsbildung sei abzulehnen<sup>7</sup>.

Nach harscher Kritik, die weiterhin den Staat (und nicht die Gesellschaft) als Orientierungspunkt des Archivars bei Bewertung und Überlieferungsbildung forderte<sup>8</sup>, und einer späteren Verteidigung und zugleich leichten Modifikation des Modells durch Booms selbst<sup>9</sup>, wurden diese Ideen erst in den späten 1990er Jahren positiv rezipiert, nun jedoch unter anderen Bedingungen und Voraussetzungen<sup>10</sup>. Vor allem SCHOCKENHOFF beruft sich in seinem Plädoyer für die Erstellung von Dokumentationszielen auf Booms. Auch er hält die „Überbewertung der institutionalisierten Öffentlichkeit“, also des Staates, zuungunsten der informellen gesellschaftlichen Öffentlichkeit für methodisch unzureichend; die Vorgehensweise der „Evidenzwertanalytiker“ sei schon von ihrem Ansatz her voluntaristisch<sup>11</sup>. Archivare dürften nicht nur „passive Hüter eines überkommenen Erbes“ sein, sondern müssten sich als „aktive Gestalter der kollektiven oder sozialen Erinnerung verstehen“, denn: „Archivare dienen der Gesellschaft, nicht dem Staat“. Es sei demnach nicht länger zu akzeptieren, die Definition von gesellschaftlicher Erinnerung auf die „Überlieferung mächtiger Schriftgutproduzenten“, also auf den Staat, zu begrenzen<sup>12</sup>. Eine Beschränkung auf staatliches Archivgut trage zu einer Verzerrung der Überlieferungsbildung bei. Gerade durch die Verwaltungsreformen und die dadurch verbundenen Privatisierungen öffentlicher Leistungen würden wichtige Überlieferungsstränge gekappt. Ein Festhalten an der klassischen Trennung von Sammlungsgut und (organisch gewachsenem) Archivgut sei somit problematisch geworden<sup>13</sup>.

Auch LÜBBE diagnostiziert eine „abnehmende relative Zuständigkeitsreichweite der öffentlichen Archive in Relation zur rasch wachsenden historiographischen Bedeutung des Archivguts nicht-staatlicher Einrichtungen“. Eine Angleichung der Professionalitätsstandards öffentlicher und freier oder alternativer Archive sei deshalb wünschenswert, aber wohl nur schwer zu erreichen. Der gangbarste Weg sei folglich die „Selbstorganisation des modernen Archivwesens über die Grenzen öffentlicher und

<sup>7</sup> BOOMS, Gesellschaftsordnung und Überlieferungsbildung, S. 3-40.

<sup>8</sup> GRANIER, Die archivarisches Bewertung von Dokumentationsgut, Sp. 231-240. Vgl. auch BÜTTNER, Ressortprinzip und Überlieferungsbildung, S. 153-161; UHL, Der Wandel der archivischen Bewertungsdiskussion, S. 529-538.

<sup>9</sup> BOOMS, Überlieferungsbildung, S. 25-33.

<sup>10</sup> Zu den Problemen der Booms-Rezeption vgl. auch KRETZSCHMAR, Vertikale und horizontale Bewertung, Sp. 258; DERS., Archivische Bewertung und Öffentlichkeit, S. 151f.; DERS., Historische Gesamtdokumentation, S. 60; DERS., Spuren zukünftiger Vergangenheit, S. 217; DERS., Tabu oder Rettungsanker? Dokumentationspläne als Instrument archivischer Überlieferungsbildung, S. 305; DERS., Positionen des Arbeitskreises Archivische Bewertung im VdA zur archivischen Überlieferungsbildung, S. 90; auch: KERSTING, Demokratisierung der Überlieferung, S. 8.

<sup>11</sup> SCHOCKENHOFF, Nur „zölibatäre Vereinsamung“, S. 172f.

<sup>12</sup> SCHOCKENHOFF, Archivwissenschaft in der Wende, S. 336f.

<sup>13</sup> SCHOCKENHOFF, Nur keine falsche Bescheidenheit, S. 110f.

nicht-öffentlicher Trägerschaft hinweg“. Auf jeden Fall werde der Bedarf nach Beratung und Austausch steigen<sup>14</sup>. Mit Verweisen auf eine entsprechende Kommission, die 1996 im US-Bundesstaat Massachusetts eingerichtet wurde, und auf die Probleme elektronischer Unterlagen fordert SCHULZE, Überlieferungssicherung in gesellschaftlichen Institutionen systematischer zu betreiben. Zweck und Ziel der Überlieferungsbildung in einer pluralistischen Gesellschaft müsse eine gesamtgesellschaftliche Dokumentation des öffentlichen Lebens sein. Dies bedeute letztlich eine neue Archivpolitik<sup>15</sup>. Überlieferungsbildung aus nichtstaatlichem Archivgut dürfe nicht als nachrangige Aufgabe der Archive betrachtet werden, so KRETZSCHMAR<sup>16</sup>; die nichtstaatlichen Unterlagen aus gesellschaftlichen Gruppierungen, namentlich der Neuen Sozialen Bewegungen, müssten ebenfalls einbezogen werden<sup>17</sup>. Selbst SCHÖNTAG, der sich als Leiter der baden-württembergischen Archivverwaltung für eine Beschränkung archivarischer Aufgaben ausgesprochen hat, erkennt die Verschiebungen von Staat und Gesellschaft, woraus sich auch seiner Ansicht nach die wachsende Bedeutung nichtstaatlicher Überlieferung ergibt<sup>18</sup>. Auch die Archivverwaltungen in der Schweiz sind sich dieses Problems bewusst<sup>19</sup>. Nicht zuletzt die Forschung mahnt gegenüber den Archiven die stärkere Beachtung nichtstaatlicher Überlieferung an<sup>20</sup>. Zahlreiche Historiker schätzen inzwischen in bestimmten Fragen den Wert der Überlieferung bei den Neuen Sozialen Bewegungen höher ein als den des amtlichen Schriftguts<sup>21</sup>. DOHMS warnt vor einer drohenden „Geschichtswissenschaft von oben“ durch die bisherige Praxis und die Staatszentriertheit öffentlicher Archive<sup>22</sup>. In den öffentlichen Archiven spiegle die Überlieferung zu den Bürgerbewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg nur die Sicht des Staates auf diese wider, vergleichbar der Überlieferung zur Revolution von 1848. In Bezug auf die Neuen Sozialen Bewegungen und deren Verhältnis zu öffentlichen Archiven erkennt er eine Skepsis auf beiden Seiten. Als besonderen Unterschied nennt er auch, dass sich in der Überlieferung der Neuen Sozialen Bewegungen selbst weniger organisch gewachsenes Schriftgut wie z.B. Korrespondenzen finde, sondern vielmehr Sammlungsgut wie Flugblätter, Plakate, Diskussions- und Informationspapiere. Besonders auf die Bedeutung der grauen Literatur legt er viel Wert. Dohms ruft die öffentlichen Archive zur Mitgestaltung an der Überlieferung und zur Hilfe bei der Bewahrung vor dem Vergessen auf und ermahnt die staatlichen Behörden und damit auch die Archive zu einer Verpflichtung gegenüber den ‘Unbequemen’ und ‘Alternativen’, die oft Wegweiser für spätere Entwicklungen gewesen seien<sup>23</sup>. Auch BECKER verweist darauf,

<sup>14</sup> LÜBBE, Die Zukunft der Vergangenheit, S. 13 und 17-20.

<sup>15</sup> SCHULZE, Wie viel Überlieferung braucht die Geschichte?, S. 26ff.

<sup>16</sup> KRETZSCHMAR, Staatliche Archive als bürgernahe Einrichtungen mit kulturellem Auftrag, S. 215.

<sup>17</sup> KRETZSCHMAR u. a., Die deutschen Archive in der Informationsgesellschaft, S. 30.

<sup>18</sup> SCHÖNTAG, Nichtstaatliches Archivgut, S. 27f.; zur „Konfliktsituation zwischen gesellschaftlichem Erinnerungsrecht und wirtschaftlicher Umsetzung“ vgl. auch BISCHOFF, Bewertung als Gegenstand der Archivarsausbildung, S. 119.

<sup>19</sup> Vgl. ZWICKER, Zum Stand der Bewertungsdiskussion in der Schweiz nebst Anmerkungen zu den Außengrenzen der Überlieferungsbildung, S. 115.

<sup>20</sup> Jüngst in deutlicher Weise THAMER, Die Bedeutung von nichtamtlichem Archivgut als Ergänzungs- und Parallelüberlieferung für die Forschung, S. 3-7.

<sup>21</sup> CONRAD, Die kommunale und private Archivpflege in Westfalen, S. 20.

<sup>22</sup> DOHMS, Staatliche Archive und nichtstaatliches Archivgut, S. 51.

<sup>23</sup> DOHMS, Bürgerbewegungen nach 1945, S. 195-198 und 205.

dass zur Sicherung einer breiten Überlieferung zugleich die Berücksichtigung gesellschaftlicher Minderheiten gehören muss<sup>24</sup>.

Bei all diesen fundierten theoretischen Ausführungen bleibt jedoch das zentrale Problem bestehen: Man sollte die von Dohms und Becker genannten 'Alternativen' und 'gesellschaftlichen Minderheiten' kennen<sup>25</sup>, man muss in einen Dialog mit den freien Archiven eintreten, um mehr voneinander wissen zu können, was in Kretschmars Rezension und in Hüttners Reflexionen auch betont wird<sup>26</sup>. Dazu gehört nicht nur die Frage danach, welche Unterlagen dort archiviert werden (worauf Hüttners Handbuch vor allem blickt), sondern auch danach, wie diese Unterlagen archiviert werden, also wie dort Überlieferungsbildung und Bewertung erfolgen, wie z.B. archivische Grundsätze wie das Provenienzprinzip angewandt werden und ähnliche Aspekte. Zu fragen ist dabei auch, inwieweit diese Einrichtungen als Archive oder als Dokumentationszentren zu verstehen sind, inwieweit von Archivgut im engeren Sinne einerseits und von Sammlungsgut andererseits gesprochen werden kann (vgl. oben die Kritik von Schockenhoff)<sup>27</sup>. Zugleich kann eine solche Untersuchung nicht auf bereits bestehende Archive beschränkt werden, sondern sollte auch fragen, wo im 'alternativen' Bereich Unterlagen anfallen, um deren Archivierung sich die jeweiligen Gruppen noch keine Gedanken gemacht haben.

## 2. Vorgehensweise

Für die vorliegende Arbeit wurden alle in Hüttners Handbuch verzeichneten Einrichtungen aus Baden-Württemberg angeschrieben, mit Ausnahme der Frauenarchive, die ja bereits viel Aufmerksamkeit (nicht nur der baden-württembergischen Archivverwaltung) erfahren haben<sup>28</sup>. Bei einer positiven Rückmeldung kam es zu einem Besuch vor Ort mit mehrstündigen Interviews<sup>29</sup>. Gefragt wurde dabei nach der Ge-

---

<sup>24</sup> BECKER, Die postmoderne Geschichtstheorie und die Dokumente, S. 31-53. Für die Organisationen von Migranten und Gastarbeitern nennt dies OBENAU, Archivische Überlieferung und gesellschaftliche Wirklichkeit, S. 32.

<sup>25</sup> Einige konkrete Fallbeispiele (unter anderem der Künstlerverein „Malkasten“, Düsseldorf) bei LANGBRANDTNER, Künstler, Bürgerinitiativen, gesellschaftliche Randgruppen ... – Überlieferungssicherung im Rheinland, S. 95-106.

<sup>26</sup> Vgl. Anm. 5; betont wird die Bedeutung persönlicher Unterstützung und individueller Beratung auch von 'FrauVera', einem seit 2005 bestehenden Beratungsangebot für Archive eines Teils der Neuen Sozialen Bewegungen (Frauenarchive), gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: <http://www.frauvera.de>; dort auch der Verweis auf die 'Praktische Handreichung für Bewegungsarchive' (2005) mit ähnlichen Inhalten und Zielsetzungen: <http://www.ffbiz.de/htdocs/bewegungsarchiv/home.html>; ein 'Practical Guide' des International Council on Archives: <http://www.ica.org/en/node/30140> (LE GOFF, The Records of NGOs).

<sup>27</sup> Zur Definition vgl. auch BRATHER, Registraturgut – Archivgut – Sammlungen, S. 158-167; ENDERS, Zum Archivgut- und Registraturbegriff, S. 143-146; SCHMID, Zum Begriff des Sammlungsgutes, S. 140-145; PAPRITZ, Grenzbereiche des Archivguts, Sp. 379-390; DERS., Archivwissenschaft, Bd. 1, S. 86f.; TESKE, Sammlungen, S. 127ff.

<sup>28</sup> Vgl. auch Anm. 26.

<sup>29</sup> Die zum Teil sehr detaillierten Ergebnisse der Interviews finden sich hier nur in sehr komprimierter Form wieder, um den Umfang der Arbeit nicht zu sprengen. Einen herzlichen Dank an alle Beteiligten.

schichte der jeweiligen Einrichtung, der Gliederung und dem Wachsen der Bestände, nach den Provenienzen und der Anwendung des Provenienzprinzips, nach dem Verhältnis von Archivgut im engeren Sinne und Sammlungsgut, nach den Eigentumsverhältnissen, nach Erschließungstiefe und Verzeichnungsrückständen, nach den einzelnen Bestimmungen in der Satzung, nach Finanzen und Personal, nach Aspekten der Öffentlichkeitsarbeit (Ausstellungen, Publikationen, Einbindung in Geschichtswettbewerbe...), nach den Nutzerzahlen, nach Fragen der Archivtechnik (Lagerung, Restaurierung...), nach internationalen Verbindungen, nach der Auseinandersetzung mit elektronischen Unterlagen und Internet-Archivierung, nach Vorkehrungen über die Zukunftssicherung sowie auch im Gegenzug nach möglichen Wünschen an die staatliche Archivverwaltung und öffentliche Archive. Wenn ein Besuch am Ort aus Termingründen der Verantwortlichen in der Einrichtung nicht möglich war, wurden die wichtigsten Punkte zumindest brieflich (oder per E-Mail) und telefonisch besprochen.

Als Beispiel für eine Vereinigung, die aus einem Teil der Neuen Sozialen Bewegungen erwachsen ist und noch keine Maßnahmen zur Archivierung getroffen hat, wurde die Aids-Hilfe gewählt. Dies geschah auch im Hinblick auf die Ausführungen Schockenhoffs über die Verschlankung des Staates, der viele Aufgaben nicht mehr selbst durchführt, sondern nach außen delegiert<sup>30</sup>. So nimmt die Deutsche Aids-Hilfe, die ihre geschichtlichen Wurzeln in der Schwulenbewegung hat, Aufgaben wahr, die in vielen anderen Ländern der Staat übernimmt. Entsprechend werden in der staatlichen Überlieferung (in Baden-Württemberg vor allem beim Ministerium für Soziales und Arbeit, in dem der Verfasser sein Behördenpraktikum absolvierte, und bei den Regierungspräsidien) bestimmte Aufgaben in diesem gesellschaftlich brisanten Bereich nicht dokumentiert. In den Gesprächen mit den Verantwortlichen in den jeweiligen Aids-Hilfen wurden dabei auch jene Fragen gestellt, die für das Modell der horizontal-vertikalen Bewertung angeführt werden<sup>31</sup>, also [1.] nach Geschäfts- oder Aufgabenverteilungsplänen, nach der Geschichte der Einrichtung, [2.] nach Aufbau und Aufgaben der Einrichtung, besonders im Hinblick auf die Abgrenzung zu über- oder nachgeordneten Ebenen, nach Veränderungen in der Struktur, [3.] nach den Provenienzen (so wären aufgrund der Geschichte und dem Entstehungskontext der Aids-Hilfe auch Unterlagen von älteren Gruppen zu erwarten), [4.] nach den unterschiedlichen Schriftguttypen, [5.] nach internen Aufbewahrungsfristen (neben den vereins- und steuergesetzlich vorgeschriebenen) und [6.] nach bereits erfolgten Abgaben bzw. Verlust von Unterlagen. Mag veranschaulicht werden, wo im Vergleich mit der Verwaltung die Unterschiede – aber ebenso die Gemeinsamkeiten – liegen. Auch hier soll gemäß dem Modell der horizontal-vertikalen Bewertung gefragt werden, wie die Wahrnehmung von Aufgaben – nicht durch den Staat, sondern nur (zum Teil) finanziert vom Staat – sich im Schriftgut wiederfindet.

---

<sup>30</sup> Vgl. auch RHODES, *The new Governance*. S. 658ff.; KOOIMAN, *Governance*, S. 73-78; MAYNTZ, *Governance im modernen Staat*, S.72-75; JANN, *Governance als Reformstrategie*, S. 27-30.

<sup>31</sup> TREFFEISEN, *Im Benehmen mit ... – Formen der Kooperation bei Bewertungsfragen mit den betroffenen Behörden*, S. 81ff.

### 3. Die Archive

#### 3.1. Das Archiv Soziale Bewegungen<sup>32</sup>

Das Freiburger Archiv Soziale Bewegungen nahm 1984 seine Arbeit auf. Am 1. Mai 1985 wurde die Eröffnung der Räume in der Spechtspassage gefeiert, 2003 erfolgte der Umzug in die jetzigen Räume. Das Archiv ist ein eingetragener Verein, die Satzung bezieht sich jedoch nicht auf das Archiv als solches, sondern allgemein auf den Trägerverein. Daneben existiert ein mit diesem nicht identischer Förderverein. Jener besteht vor allem aus 'prominenten' Mitgliedern. Darin liegt jedoch auch ein erstes Problem: Es seien, so der Leiter, fast „zu prominente“ Mitglieder, vor allem Wissenschaftler, die nicht aus der Bewegung stammen, was für den Kontakt zur Szene nicht immer förderlich sei.

Die Arbeit wird größtenteils ehrenamtlich geleistet. Es gibt lediglich die feste 2/3-Stelle (1.100 € im Monat) des Leiters, der jedoch zahlreiche Überstunden leistet. Die Crew der Anfangszeit ist größtenteils nicht mehr aktiv.

Seit 1989 zahlt die Stadt Freiburg einen Zuschuss, zuerst von 20.000 DM, ab 1991 60.000 DM. Im Jahre 2005 wurde nach dem Beschluss des Gemeinderats von 2004 der Zuschuss von 31.500 € auf nur noch 25.000 € gekürzt. Auf ca. 300 Anfragen um finanzielle Unterstützung kamen 50 positive Antworten; auch der Förderkreis sagte weitere Unterstützung zu. Der Jahresbericht 2006 verweist auf Spenden von über 10.000 €, wodurch die Schließung abgewendet werden konnte. Für eine Fortführung der bisherigen Arbeit auf dem gleichen Niveau fehlen jedoch wohl die Ressourcen. 2005 und 2006 wurde keine CD in der Reihe 'Materialien zur Protestgeschichte' veröffentlicht; die Kneipenwanderausstellungen werden jedoch kontinuierlich weitergeführt.

Sammlungsgut nimmt im Archiv einen großen Umfang ein. So werden in der summarischen Aufzählung 100.000-200.000 Flugblätter, 5000 Broschüren, 1.500 Zeitschriften, 4.500 Plakate, 2.000 Fotos, 80 Filme und 600 Tonbänder genannt. Jedoch ist man bemüht, auch wirkliches Schriftgut der einzelnen Gruppen zu archivieren, da man weiß, dass sich hier die internen und aussagefähigeren Informationen finden. Dabei ist jedoch bisweilen die Trennung von privaten und Bewegungsunterlagen nicht immer ganz einfach. Private Unterlagen können dabei manchmal auch einen höheren Informationswert aufweisen. So dokumentiert zum Beispiel das Tagebuch eines Mitglieds der Film- und Foto-Gruppe des Kommunistischen Bunds Westdeutschland (KBW) aus den späten 60er Jahren die Sitzungen ausführlicher als die Protokolle. Allgemein achtet man auf die Wahrung der Pro-

---

<sup>32</sup> Die Informationen beruhen auf einem Interview mit dem Leiter des Archivs, Volkmar Vogt, und eigenen Recherchen in den Beständen des Archivs am 22. August 2006; ein umfassendes Informationsangebot findet sich auf der Homepage des Archivs: <http://www.soziologie.uni-freiburg.de/asb/home.html>; besonders zu erwähnen: MICHAEL KOLTAN, Unkonventionelle Materialien benötigen unkonventionelle Herangehensweisen. Das 'Alexandria'-Projekt des Archivs für soziale Bewegungen in Baden, 2003: <http://www.soziologie.uni-freiburg.de/asb/pdf/alexandria.pdf>; kurze Beschreibung bei HÜTTNER, Archive von unten, S. 35.

venienzen. Wenn Unterlagen einer Provenienz über verschiedene Wege in das Archiv gelangen, werden diese zusammengeführt.

Zahlreiche Zeitschriften sind außerhalb des Freiburger Archivs nicht oder nicht vollständig nachgewiesen. Für wichtig hält das Archiv auch Tondokumente, z.B. Mitschnitte von Versammlungen. Viele potentielle Geber wüssten gar nicht, dass auch diese von Interesse sein könnten. Man weiß auch von der Existenz bestimmter Dokumente, wird diese aber wohl nie in das Archiv übernehmen können, da der jetzige Verbleib nicht bekannt ist. So verblieben z.B. die Bänder der Radiosendung 'Schwule Welle' nicht bei 'Radio Dreyeckland', sondern wurden von den Verantwortlichen mit nach Hause genommen.

Die Bestände sind nach einer Sachthematik gegliedert<sup>33</sup>, unter der eine weitere Klassifikation liegt, die sich am Provenienzprinzip orientiert. Einzelne Findbücher für die jeweiligen Bestände liegen jedoch nicht vor.

Die Bestände wachsen weiterhin, zugleich auch die Verzeichnungsrückstände; manches findet sich noch nicht in der Systematik (Vogt: „die unaufgearbeiteten Bestände werden immer umfangreicher“). Dabei ist der Weg zu den Unterlagen nicht immer einfach. Der Kontakt zur Szene gestaltet sich zuweilen schwierig. Dies liegt seitens des Archivs am Zeitmangel; der Kontakt zu den Gruppen erfordert viel Arbeitszeit, die zum großen Teil für die Nutzerbetreuung eingesetzt wird – ein Problem, das auch öffentlichen Archiven nicht unbekannt ist; man vergleiche hier den Schweizer Beitrag beim letzten Deutschen Archivtag in Essen, wo das Dilemma des Einsatzes der begrenzten Ressourcen zwischen Behördenberatung und Nutzerservice deutlich wurde<sup>34</sup>. Bei den Gruppen ist die hohe Personalfuktuation hinderlich, vor allem aber das Fehlen fester Strukturen. So sind Verträge über die Verpflichtung zur Ablieferung nicht möglich. Auch bestehen bei vielen Gruppen immer noch starke Ängste und Vorbehalte der Öffentlichkeit – auch einem 'alternativen', aber für jeden offenen Archiv – gegenüber. Da das Archiv bei den schwindenden Ressourcen kaum noch aktive Erwerbspolitik betreiben kann, muss es sich immer mehr auf die Angebote von außen verlassen. Die Archivarbeit findet so oft abends oder am Wochenende, also in der Freizeit der potentiellen Geber, statt. Gelegentlich kommt es vor, dass keine geordnete Übergabe stattfindet, sondern nur Kisten oder Tüten einfach vor der Tür liegen. Die Abgabe wird dokumentiert, die Kassation aus Zeitmangel jedoch nicht. Kassiert wird aber nach Angabe des Archivleiters tatsächlich sehr viel, vor allem bei Nachlässen. Entsprechend hat das Archiv auch kein Interesse an Nachlässen und Deposita, bei denen dem Archiv vom Geber nicht die Möglichkeit der Nachkassation eingeräumt wird. Insbesondere bei der Übernahme eines großen Teils des Feministischen Archivs<sup>35</sup> wurden 75% kassiert.

Von der konsequenten Kassationspolitik des Archivs abgesehen lässt der Musterdepositalvertrag jedoch viel Raum für individuelle Gestaltung. Dem Depositeur werden auf jeden Fall freie Einsichtnahme und kostenlose Kopien gewährt. Besondere Sperrfristen möchte man den Nachlässen jedoch nicht zugestehen. Im Archiv sind nur sehr wenige Unterlagen gesperrt. Man arbeitet nach dem Prinzip, dass Archivgut offen

<sup>33</sup> Ausführlich: <http://www.sozioologie.uni-freiburg.de/asb/pdf/systematik.pdf>.

<sup>34</sup> KELLERHALS, Navigieren in der Zeit, v.a. S. 48.

<sup>35</sup> HÜTTNER, Archive von unten, 53.

zugänglich sein soll und gesperrte Unterlagen grundsätzlich nicht dienlich sind<sup>36</sup>. Nachlässe werden nur sehr selten zurückgewiesen, dagegen häufiger Zeitschriften-sammlungen.

Für die umfangreichen Kassationen liegen keine Bewertungsmodelle oder -kataloge vor, lediglich zwei Regeln, eine formale und eine inhaltliche:

1. Dubletten von Zeitschriften, Broschüren und Flugblättern werden in der Regel vernichtet. Freilich wird wir auch einiges aufbewahrt, wenn das Archiv der Ansicht ist, es für Ausstellungen benutzen zu können, oder wenn es sich um besonders rares Material handelt.

2. Unterlagen aus dem Kontext 'Esoterik' werden nur in Ausnahmefällen gesammelt.

Der Verzicht auf Unterlagen aus bestimmten Bereichen erfolgt bewusst, in anderen Fällen registriert man heute im Archiv eine schmerzhaft Überlieferungslücke: Die Punk-Bewegung der 80er Jahre, deren kulturelle Bedeutung heute allgemein anerkannt ist, wurde damals (soweit sie vom Archiv überhaupt wahrgenommen wurde) als „unpolitisch“ und damit als „nicht archivwürdig“ eingestuft.

Auch eine fragmentarische Überlieferung der Jungdemokraten (1950er Jahre bis 1983) findet sich im Archiv, auf die heute das Archiv des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung Anspruch erhebt.

Das Archiv war ursprünglich als „Arbeitsarchiv“ für die Bewegung konzipiert, als „Archiv aus der Bewegung und für die Bewegung“ mit „Material für den politischen Kampf“. Inzwischen hat es sich zu einem offenen „Gebrauchsarchiv“ entwickelt, das auch ausländische Interessenten anzieht, z.B. Wissenschaftler vor allem aus den USA, aus Japan oder eine Seniorengruppe aus Belgien. Auch Polizeischüler (!) haben im Rahmen ihrer Ausbildung das Archiv besucht. Im Schnitt werden 120-200 Nutzer im Jahr verzeichnet, wobei die Intensität der Nutzung variiert (bis zu 50 Besuche eines Nutzers im Jahr). Durch die Internetpräsenz konnten die Nutzerzahlen gesteigert werden. Inzwischen konnte auch der erste Habilitand (von der Universität Konstanz mit einer Studie über die Kulturgeschichte des linken Milieus) im Archiv begrüßt werden.

Die CD-Rom 'Gleich wird's grün' aus der Reihe 'Materialien zur Protestgeschichte' wurde gemeinsam mit dem Stadtarchiv erstellt. Als ein Problem der Öffentlichkeitsarbeit erwies sich, dass die Veranstaltungen immer gut angenommen, jedoch von den Besuchern nicht immer mit dem Archiv in Verbindung gebracht wurden. Für eine intensivere Betreuung von Schülern (Projektarbeiten) seien größere Ressourcen erforderlich. An Geschichtswettbewerben beteiligt man sich nicht direkt, doch besuchten einmal die Gewinner des Geschichtswettbewerbs des Bundespräsidenten das Archiv zur Feldforschung über die Anti-AKW-Bewegung in Wyhl – eines der Kernthemen des Archivs<sup>37</sup>.

Die internationalen Verbindungen sind begrenzt. Das Archiv verfügt über Foto-bestände, die man aus der Schweiz zurückgeholt hat, und erwirbt auch durch Plakatverkäufe in die Schweiz etwas Geld. Das internationale Treffen anarchistischer

<sup>36</sup> Vgl. auch die entsprechende Position von PAPRITZ, Archivwissenschaft, Bd. 3, S. 139f.

<sup>37</sup> Vgl. auch den Beitrag von KAI F. HÜNEMÖRDER auf dem Historikertag 2006 in der Sektionssitzung über die Dokumente und Deutungen zur Anti-Atomkraft-Bewegung der 1970er Jahre: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=1181>.

Archive in Marseille 2005 war ein Einzelfall. Im Vergleich mit anderen Ländern scheinen die alternativen Archive in Deutschland jedoch noch einen recht guten Stand zu haben. Zwar ist es auch für das Archiv Soziale Bewegungen bisweilen schwierig, an Unterlagen aus der Bewegung zu gelangen. In Frankreich, wo die Anti-AKW-Bewegung zu Wyhl-Zeiten ebenfalls noch sehr präsent war, gibt es keine vergleichbaren Reflexionen über Verbleib und Archivwürdigkeit der Unterlagen in alternativen Kreisen.

Bestandserhaltung ist ebenfalls ein Thema. Im Keller droht Schimmel. Viele Unterlagen zerfallen, darunter neben Broschüren auch Super8-Filme und Tonbänder. Archivkartons konnte man kostenlos vom Hersteller beziehen; im Freiburger Stadtrat scheint man für das Problem Bestandserhaltung kein Gehör zu finden. Seit einiger Zeit wird ein groß angelegtes Digitalisierungsprogramm durchgeführt. Die Originale sind bislang noch nicht nach der Digitalisierung gesperrt, es sollen jedoch in Zukunft möglichst nur die Digitalisate genutzt werden.

Über den „digitalen Protest“ hat man sich bereits erste Gedanken gemacht, aber noch keine konkreten Pläne entworfen.

Eine Deponierung des Archivs im Stadtarchiv Freiburg wird von den staatskritischen Gebern abgelehnt. Schon die Sammlung von Dokumenten aus dem linksalternativen Milieu durch das Stadtarchiv hat in der Szene für Unmut gesorgt. Dies gilt jedoch nicht unbedingt für das Archiv Soziale Bewegungen selbst, wenn gewährleistet wäre, dass die Sammeltätigkeit weitergeführt würde und die Bestände zugänglich blieben. Das Verhältnis zum Stadtarchiv ist ausgezeichnet. Zusammen mit dem Universitätsarchiv und der Universitätsbibliothek hat man gerade ein komplettes Digitalisat der Freiburger Studentenzeitung herstellen können, da diese in allen drei Einrichtungen unvollständig vorhanden war.

Von den öffentlichen Archiv und den Facharchivaren erhofft man sich vor allem „argumentative Hilfe bei zukünftigen Verteilungskämpfen“, Unterstützung bei der Beantragung von Fördergeldern z.B. bei der DFG. Hier wird auch Kritik an den Kriterien der DFG zur Sammlung geübt, die nach Aussage des Leiters nicht mit der Realität dieses Archivs übereinstimmen; es fehle dort an Verständnis für die besonderen Bedingungen der Szene (s.o.), die auch aufzeigen können, wie schwer es selbst bei Nähe zur Szene ist, eine „gesamtgesellschaftliche Dokumentation“ in der Interpretation von Schockenhoff durchzuführen.

### 3.2. Das Mutlangen-Archiv<sup>38</sup>

„Mutlangen“ steht wie kein anderer Ort in Deutschland für den Widerstand gegen die Pershing-II-Stationierungen<sup>39</sup>. Die Beteiligten von damals verstehen Mutlangen als einen Ort, an dem „Geschichte von unten“ gemacht wurde, und ihren Protest als Meilenstein des Zivilen Ungehorsams und der gewaltfreien Aktion gegen Rüstung und Krieg.

---

<sup>38</sup> Die Informationen beruhen in erster Linie auf einem am 31. August 2006 geführten Interview mit dem Leiter des Archivs, Holger Jänicke; sehr kurz HÜTTNER, Archive von unten, S. 129.

<sup>39</sup> Zur Geschichte der Proteste gegen die Stationierung der Pershing II in Mutlangen vgl. auch LADUCH/SCHÜTTE/WAGENBLAST, Mutlanger Heide, passim.

Das 'Gemeinsame Mutlangen-Archiv', das auch im 'Reference Guide No. 16', einem Überblick des Deutschen Historischen Instituts in Washington D.C. über die Quellen zur amerikanischen Militärpräsenz in Deutschland erwähnt wird<sup>40</sup> und in Hüttners Handbuch noch unter der alten Adresse in Baden-Württemberg vermerkt ist, befindet sich seit einigen Monaten im Hamburger 'Archiv Aktiv', einer Dokumentationsstelle zu den Themen Ökologie, Gewaltfreiheit und Frieden. Das Mutlangen-Archiv verdient dennoch weiter Aufmerksamkeit aus Baden-Württemberg, handelt es sich doch auch um Unterlagen zur Landesgeschichte. Grund für den Umzug war das Fehlen geeigneter Räumlichkeiten in Mutlangen. Erschließung und Nutzung wären dort kaum möglich gewesen. Das Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd hatte zwar großes Interesse am Mutlangen-Archiv gezeigt, jedoch auch deutlich gemacht, dass es eine Erschließung nicht werde leisten können. Nach dem Grundsatz, dass Erschließung für die interessierte Öffentlichkeit Priorität haben soll („Nur ein erschlossenes Archiv ist ein sinnvolles Archiv“), entschloss man sich deshalb zur Erschließung aus eigener Kraft in geeigneten Räumen. Der Leiter des Archivs ist Autodidakt, unterstützt wird er von einer weiteren, ebenfalls ehrenamtlich tätigen Kraft.

Das Mutlangen-Archiv ist in der Tat als ein Archiv und nicht als Dokumentationsstelle zu sehen. Es gliedert sich in vier Bestände, die aus vier verschiedenen Provenienzen – von vier verschiedenen Gruppen als Schriftgutproduzenten – stammen:

P – Pressehütte Mutlangen (Präsenz, Manöver-Verfolgung).

RHM – Rechtshilfe Mutlangen, entstanden aus dem Rechtshilfefonds; die dort angefallenen Prozessunterlagen bilden den größten Teil des Archivs. Als personenbezogene Unterlagen bedürfen sie zur Nutzung einer Genehmigung der Betroffenen, die bislang in fast allen Fällen (eine Ausnahme) erfolgt ist. Dies ist auch der Bereich, in welchem der Leiter des Archivs maßgeblich tätig war<sup>41</sup>. 270 Prozessakten sind bislang verzeichnet. Im Mittelpunkt stehen hier die auch verfassungsrechtlich bedeutenden Prozesse über die Sitzblockaden. Diese Prozessakten wurden von der Rechtshilfe aus Verteidigungsreden, Verfahrensakten und anderen Prozessunterlagen selbst angelegt. Die vorarchivische Ordnung ist größtenteils beibehalten worden. Daneben finden sich in dem Bestand 'Knastrundbriefe', 'Prozessrundbriefe' und eine Sammlung von Presseartikeln zu den Prozessen sowie auch einzelne Fremdprovenienzen, z.B. Unterlagen von einem der Richter. Nachlässe finden sich bislang kaum im Archiv; demnächst sollen jedoch Privatpersonen in dieser Sache angeschrieben werden.

FBM – Verein 'Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen' (Eigentümer der Pressehütte). Dessen primäre Aufgabe war der Kauf der Pressehütte, in welcher der Präsenzdienst untergebracht war. Daneben hat er auch im Rahmen der 'Versöhnungsarbeit' 1987 die 'Friedenskonferenz Ost-West' (USA und UdSSR) initiiert. In dem Bestand finden sich Vereinsunterlagen wie Protokolle (v.a. zu den Mitglieder-

---

<sup>40</sup> SCHARNHOLZ, The American military presence and civil-military relations in Germany: A guide to sources in American and German archives, S. 103 Nr. 80; damaliger Stand (noch in Mutlangen): "a significant but not yet arranged collection of subject files, circulars, publications, posters, and other source material reflecting the activities of the peace movement in Mutlangen in the years 1982 until 1995".

<sup>41</sup> Vgl. auch die Notiz über den Umzug des Mutlangen-Archivs nach Hamburg: FreiRaum 4/3, 2005, S. 6.

versammlungen) und Korrespondenzen, aber auch Unterlagen zu Konflikten mit der Bevölkerung.

KZU – Kampagne ‘Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung’ (1987 ebenfalls Kauf eines Hauses, das Räume für die Friedensarbeit bieten sollte). Hier finden sich vor allem Korrespondenzen mit einzelnen Aktivisten und Protokolle.

Die vier Bestände sind bislang offiziell nur Dauerleihgaben und noch im Besitz der einzelnen Gruppen bzw. deren Rechtsnachfolger. Bei einer eventuellen Auflösung von ‘Archiv Aktiv’ sollen die Unterlagen an die Eigentümer zurück gehen. Jedoch soll in der neuen Satzung festgeschrieben werden, dass die Geber des Mutlangen-Archivs in diesem Fall gemeinsam einen neuen Standort zu suchen und das Archiv als Einheit zu erhalten haben. Aber auch schon jetzt sind nicht die einzelnen Mutlanger Bestände, sondern das gemeinsame Mutlangen-Archiv als Einheit Teil von ‘Archiv Aktiv’. Die Eingliederung des Mutlangen-Archivs wird vom ‘Archiv Aktiv’ als Pilotprojekt verstanden: Die verantwortlichen Geber und Geberinnen aus Mutlangen kümmern sich weitgehend selbst um Sichtung, Sortierung, Umbettung und die EDV-Erfassung der Bestände.

Die konsequente Orientierung an den vier Beständen und dem Provenienzprinzip bedeutet auch, dass das Mutlangen-Archiv keine eigentliche Sammlungspolitik betreibt. Der Archivierungsauftrag ist auf Unterlagen zu Mutlangen beschränkt. Als einzige Ausnahmen finden sich Rundbriefe ähnlicher Gruppen aus dem Hunsrück, wo es ebenfalls zu Protesten gekommen ist. Unterlagen anderer Standorte finden sich sonst nicht im Mutlangen-Archiv. Hinweise auf andere Standorte mit ähnlichen Protesten finden sich dort somit nur in den entsprechenden Korrespondenzen. Allerdings ist in anderen Beständen im ‘Archiv Aktiv’ – das geradezu mit Sammlungsgut aus der Friedensbewegung überschüttet wird – mit Unterlagen zu anderen Standorten zu rechnen. Mutlangen gilt jedoch generell als überregional bedeutendster Kristallisationspunkt der Protestbewegung in Deutschland, so dass sich im Mutlangen-Archiv im Vergleich zu den Beständen anderer Gruppen Schriftgut von mehr als nur lokal- oder regionalhistorischer Bedeutung findet.

Überlieferungslücken bestehen kaum. Den Zettel mit der Aufschrift „Macht weiter so!“, den ein US-Soldat bei der so genannten „Promi-Blockade“ (u.a. mit Günter Grass, Oskar Lafontaine und Dietmar Schönherr) im September 1983 Heinrich Böll laut einem Spiegel-Interview zugesteckt haben soll, suchte man im Archiv nach einer Presseanfrage vergeblich. Ebenso fehlt die Unterschriftenliste, in der sich die beteiligten Prominenten verpflichteten, auch in Zukunft Mutlangen nicht im Stich zu lassen. Zur so genannten „Richterblockade“ von 1987 wünscht man sich Unterlagen der beteiligten Richter. Die zentrale Überlieferungslücke, deren Schließen nach Aussage des Leiters das Archiv komplett machen würde, ist das Fehlen des detaillierten „Hüttentagebuchs“ der Dauerpräsenz in der Pressehütte, das offensichtlich brisantes Material enthält und deshalb von der Pressehütte noch unter Verschluss gehalten wird.

Auch wenn andere Teile des Archivs sicherlich ebenfalls brisantes Material enthalten können, sind die vorhandenen Unterlagen doch nicht gesperrt. Ausnahme sind die personenbezogenen Unterlagen, die aber bislang meist mit Genehmigung der Betroffenen von Sperrfristen befreit wurden. Grundsätzlich legt man auf Datenschutz sehr viel Wert, wägt Persönlichkeitsschutz und öffentliches Interesse ab. Maxime des

Archivs ist jedoch, dass es dem öffentlichen Interesse dienen und deshalb zur Nutzung offen stehen soll.

Kassationen sind bislang noch nicht erfolgt, lediglich Dubletten wurden aussortiert. Nachkassationen werden jedoch für möglich erachtet; so wird überlegt, ob bei den Urteilen, die zu 95% gleich lauten, statistische Auswahlmodelle angewandt werden sollen (wobei der Verfasser dieser Arbeit nach den Details dieser Methode gefragt wurde).

Bei der Erstellung von Erschließungsstandards befindet man sich im 'Archiv Aktiv', das einheitliche Standards und Gebühren für alle Teile des Archivs plant, noch in der Diskussion. Es findet keine Einzelblatterschließung statt, Einheit der Verzeichnung ist die einzelne Akte. Langwierige Diskussionen wurden darüber geführt, ob sich die Verzeichnungsmaske (Programm: FAUST) möglichst am Hamburger Institut für Sozialforschung (HIS), das auch Unterlagen zu linken Protestbewegungen der Bundesrepublik Deutschland sammelt<sup>42</sup>, orientieren oder neue Ansätze in Anlehnung an andere Archiven entwickeln soll. Im Vergleich zu den anderen Beständen im 'Archiv Aktiv' weist das Mutlangen-Archiv sehr viel geringere Verzeichnungsrückstände auf. Der Rechtshilfe-Bestand scheint offenbar der für die Forschung bedeutendste zu sein. Immer wieder treten Fragen auf, die nur bei einer vollständigen Erschließung des Bestandes beantwortet werden können. Das nächste größere Verzeichnungsprojekt wird somit diesen Bestand zum Gegenstand haben. Dies soll über einen Honorarvertrag aus dem Rechtshilfefonds, der jetzt eigentlich auch aufgelöst werden müsste, finanziert werden. Aus den Prozessakten soll als erste Publikation des Archivs eine prosopographische Studie auf Grundlage der Netzwerkforschung erfolgen.

Nicht im Archiv, sondern weiterhin in Mutlangen, befinden sich Realien wie z.B. Transparente, Bruchstücke des Lagers, Beleuchtungsschalttafeln aus dem Depot oder das bekannte Holzkreuz. Ausstellungen werden weiterhin in Mutlangen durch das Museumsprojekt der Presshütte durchgeführt, das Archiv sieht sich dazu bislang nicht in der Lage. Öffentlichkeitsarbeit war noch kein Thema, wird in Zukunft aber wohl über das 'Archiv Aktiv' organisiert werden. Ebenfalls nicht im Archiv befindet sich der Fotobestand, der als Dauerleihgabe im Stuttgarter Haus der Geschichte im Rahmen eines Werkvertrags erschlossen wurde. Während man dort keine Probleme erfuhr, war das Verhältnis zum Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd etwas angespannter, sowohl wegen der Zurückhaltung bei der Erschließung (s.o.) als auch wegen der unglücklichen Rolle des Vorsitzenden des Geschichtsvereins, eines ehemaligen Richters, der durch fragwürdige Äußerungen bei einem gemeinsamen Gespräch das Vertrauen gegenüber dem Staat nicht förderte. Auch zeigte das Stadtarchiv beim ersten Kontakt keine Unterstützung in Fragen der Bestandserhaltung.

Nach dem Umzug sind die Nutzerzahlen noch sehr gering.

Finanziert wird das Archiv durch Spenden und Mitgliedsbeiträge. Die Kosten für die weiteren Arbeiten wurden bei der Transferierung nach Hamburg auf 2.500 € veranschlagt.

Restaurierungen scheiterten bislang an Geld-, Digitalisierungen an Zeitmangel. Die klimatischen Bedingungen in den neuen Räumlichkeiten sind nach Aussage des

---

<sup>42</sup> <http://www.his-online.de>.

Leiters als befriedigend einzustufen; ein Teil der Unterlagen, die bei der Verzeichnung entmetallisiert werden, ist bereits säurefrei verpackt.

Internationale Verbindungen (z.B. zu Initiativen, die in England, Belgien und auf Sizilien gegen die Stationierung von Cruise Missiles protestierten) bestehen nicht. Auf nationaler Ebene pflegt man Kontakte zum Archiv Grünes Gedächtnis und beteiligt sich alle 2 Jahre beim Treffen Unabhängiger Archive.

Von den öffentlichen Archiven wünscht sich der Leiter vor allem eine Unterstützung beim Erwerb weiterer archivischer Fachkompetenz, besonders in archiv- und urheberrechtlichen Fragen (letzteres soll in absehbarer Zeit auch bei einem Treffen der freien Archive thematisiert werden). Er würde auch gern mehr Einblicke in Archivverwaltung, in Erschließungstheorie und -praxis gewinnen und sich über Hilfe bei Konservierung und Restaurierung von Problemfällen freuen.

### 3.3. Das Informationszentrum Dritte Welt in Freiburg<sup>43</sup>

Das Informationszentrum Dritte Welt ('iz3w') ist in erster Linie ein Zeitschriftenarchiv. Die Arbeit des Informationszentrums besteht vor allem in der Auswertung von ca. 600 Zeitschriften bzw. Zeitungen zum Thema 'Dritte Welt'. Die Zeitschriften werden verschlagwortet, aus 240 Zeitschriften werden auch die einzelnen Artikel in einer Datenbank (MySQL) erfasst. Für die Zeit ab 1986 besteht die Möglichkeit einer Online-Abfrage. Daneben sammelt man graue Literatur, Broschüren, Materialsammlungen und Dokumente aus den Anfangsjahren der Dritte-Welt-Aktion: Flugblätter, Plakate (wovon einige inzwischen jedoch verloren sind, da man im Lauf der Jahre immer wieder Material vernichtet oder an Privatleute abgegeben hat), Positionspapiere, Veranstaltungsankündigungen, Presseauschnitte zu verschiedenen „linken“ Themen seit ca. 1965. Es existiert auch eine alte Fotosammlung, die jedoch nicht erschlossen ist. Als Schriftgut im engeren Sinne finden sich dort nur Akten und Protokolle der eigenen Gruppe, v.a. aus den Jahren 1969-1975, danach ist die Überlieferung lückenhaft. Erschlossen sind diese Unterlagen noch nicht. Das Informationszentrum bemerkt seit zwei Jahren jedoch anhand einzelner Anfragen ein wachsendes Interesse von außen an der Geschichte der Bewegung und an den entsprechenden Unterlagen. Den Erwerb von Nachlässen hält man für sinnvoll, hat sich bislang aber nicht darum gekümmert. Als Idee schwebt den im Verbund 'Archiv<sup>3</sup>' („Archiv-hoch-3“) zusammengeschlossenen Dokumentationsstellen zur Dritte-Welt-Aktion vor, einen zentralen Ort für Nachlässe und wohl auch für Schriftgut aller Beteiligten insgesamt zu bestimmen. Bislang besteht als zentrales Element eine gemeinsame Datenbank<sup>44</sup>. Absprachen zur Vermeidung von Mehrfachüberlieferung (der Zeitschriften) wurden jedoch noch nicht getroffen.

Das Freiburger Informationszentrum ist eines der ältesten seiner Art. Gegründet wurde es 1968, nicht in einem „links-radikalen“ Kontext, sondern auf einer Basis im

---

<sup>43</sup> Die Informationen beruhen in erster Linie auf einem am 14. Juni 2006 geführten Interview mit dem Leiter des Archivs, Christian Neven-du Mont; der Internet-Auftritt dieser Einrichtung ist in dieser Hinsicht sehr knapp gehalten: <http://www.iz3w.org/iz3w/index.html>; HÜTTNER, Archive von unten, S. 83.

<sup>44</sup> ANNE VECHTEL, Zweites Treffen der 'Archive von unten', S. 52; Internet: <http://www.archiv3.org>.

kirchlichen Bereich, allerdings auch mit einem sozialdemokratischen Element, fühlte man sich doch vor allem von Erhard Eppers Ideen inspiriert. Nach ersten Materialsammlungen gab das Informationszentrum 1970 eine eigene Zeitschrift mit Informationen über die Dritte Welt heraus, die sich damals nicht in der „bürgerlichen“ Presse fanden. Aus der Gründungszeit ist inzwischen kein Mitarbeiter mehr aktiv, der derzeitige Leiter stieß 1975 hinzu. Die Arbeit findet ehrenamtlich statt. Zwei Mitarbeiter und evt. Praktikanten von der Uni (früher Verwaltungsstudenten, jetzt eher Sozial- und Geisteswissenschaftler) sind dort tätig, aber diese auch nicht allein im Archiv, sondern v.a. in der Redaktion der iz3w-Zeitschrift ‘iz3w – Blätter des Informationszentrums 3. Welt’ (dort arbeiten auch zwei hauptamtliche Redakteure). Werbung wird hierfür an der Universität gemacht, zu der die Kontakte sehr gut sind (was auch die Integration in den Katalog der Universitätsbibliothek belegt).

Im Schnitt werden zwei bis drei Nutzer pro Woche gezählt, darunter auch Lehrer, meist aus dem Raum Freiburg, sehr selten aus der Schweiz. Man bietet zwei Computerarbeitsplätze und Kopiermöglichkeiten. Die Eigenrecherche ist gebührenfrei, Auftragsrecherchen kosten 2,50 €, zusätzlich 0,25 € pro Kopie. Die Einkünfte daraus belaufen sich auf ca. 400 € im Jahr. Die teuren Abonnements der Zeitschriften (nur einige gelangen kostenlos bzw. gegen Tausch in das Informationszentrum) werden damit nicht gedeckt.

Das Informationszentrum leidet unter Platzmangel. Schädlinge (Mäuse und Ratten) sind eine Gefahr, jedoch ist säurehaltiges Papier offensichtlich kaum ein Problem.

Das Informationszentrum betreibt Öffentlichkeitsarbeit (z.B. Lesungen), auch an Schulen.

Eine Satzung besteht nur für den tragenden Verein, nicht für das Zeitschriftenarchiv selbst.

Die Archivwürdigkeit des Internets hat man erkannt, jedoch noch keine Lösung für das Problem gefunden. Damit verbunden ist auch die Zukunft des Zentrums und des Zeitschriftenarchivs, da immer weniger in Papierform publiziert wird. Man ist sich nicht sicher, ob die Dokumentationsstelle die nächsten zehn bis zwanzig Jahre überleben wird. Auch hier soll das geplante Zentrum des ‘Archiv<sup>3</sup>’-Verbundes (in Nordhausen, da dort Kontakte zu einem Professor an der FH bestehen) greifen.

Unterstützung hat man bislang vom Arbeitsamt, von der Stadt und von der EU – hier projektbezogen für die Tourismus-Kritik im Projekt ‘FernWeh’<sup>45</sup> – erhalten. Man würde sich auf jeden Fall über Praktikanten aus dem Dokumentations- oder Archivbereich freuen.

### 3.4. Das Institut für Friedenspädagogik in Tübingen<sup>46</sup>

Auch das in Hüttners ‘Archive von unten’ aufgeführte Institut für Friedenspädagogik unterhält kein Archiv im eigentlichen Sinne, sondern eine komplett kata-

<sup>45</sup> <http://www.iz3w.org/fernweh/deutsch/index.htm>.

<sup>46</sup> Die Informationen beruhen auf einem Interview mit dem Leiter des Archivs, Günther Gugel, und eigenen Recherchen in den Beständen des Archivs am 14. September 2006; der Internet-Auftritt dieser Einrichtung ist in dieser Hinsicht sehr knapp gehalten: <http://www.friedenspaedagogik.de>; HÜTTNER, Archive von unten, S. 128.

logisierte Bibliothek. Diese enthält auch graue Literatur und 60 bis 70 Zeitschriften (über Nachlässe kommen bisweilen ältere Zeitschriften, auch aus der NS-Zeit, in das Institut). Man besitzt außerdem eine Sammlung von audiovisuellen Medien, die digitalisiert werden sollen, was bislang jedoch am Zeitmangel gescheitert ist.

Neben der Bibliothek findet sich auch eine umfangreiche Plakatsammlung (früher: Plakate der Friedensbewegung, heute: Veranstaltungsplakate), die auch fortgesetzt wird. Allerdings ist diese nicht im Katalog aufgenommen und nicht erschlossen. Eine Nutzung findet deshalb nicht statt. Auch hier scheitert eine Digitalisierung bislang an Zeit- und Geldmangel.

Daneben werden auf dem Dachboden des Instituts weitere Unterlagen verwahrt, die zum Teil auch erschlossen sind. Dies sind die so genannten „Dossiers“ nach Art einer Dokumentation, gegliedert nach Schlagworten wie z.B. Abrüstung, Apartheid, Ausländer, Bundeswehr, Computerspiele, Deserteure, Dritte Welt, Flucht oder Frauen. Dort finden sich v.a. Broschüren, Zeitungsausschnitte und offene Briefe, nicht jedoch Korrespondenzen. Unterhalb des Dossierthemas sind diese Unterlagen nicht erschlossen.

Zuletzt liegen auf dem Dachboden, noch in alten Kisten und gar nicht erschlossen, alte Ordner zu einzelnen Veranstaltungen der Friedensbewegung wie z.B. Märsche oder Demonstrationen. Hier findet sich neben Presseartikeln auch eigentliches Schriftgut wie Korrespondenzen, Akten, Teilnehmerlisten u.ä. bis in die 90er Jahre hinein. Dies sind auch Unterlagen verschiedener Gruppen der Friedensbewegung, z.B. jene der dortigen Pax-Christi-Gruppe, die einfach nur im Hause zurückgelassen wurden, ohne dass man einen Vertrag zur Übernahme abgeschlossen hatte.

Deutlich erkennbar ist somit eine abgestufte Erschließung – und Bedeutungszumessung – von Bibliotheksgut (komplett katalogisiert), Dokumentationsgut („Dossiers“) und noch gänzlich unerschlossenem Archivgut einschließlich der Plakatsammlung.

### 3.5. Das Raubdruck-Archiv<sup>47</sup>

Das Raubdruck-Archiv befand sich bis vor kurzem in Freiburg, seit 2006 aus beruflichen und privaten Gründen des Leiters in Düsseldorf. Im Gegensatz zum ebenfalls nicht mehr im Lande ansässigen Mutlangen-Archiv handelt es sich dabei jedoch nicht um eine Einrichtung mit einem baden-württembergischen Schwerpunkt, so dass sich eine intensivere Untersuchung hier erübrigt.

Ziel und Aufgabe des Raubdruck-Archivs sind Sammlung, Dokumentation, Aufbewahrung und wissenschaftliche Erschließung von allen Materialien, Büchern und sonstigen Publikationen, die mit der Raubdruckbewegung und der Geschichte des Raubdrucks in Zusammenhang stehen, wobei man auch versucht, die Zeit vor den 1960er Jahren zu berücksichtigen. Es handelt sich um ein reines Privatarchiv, das nie staatliche Unterstützung gesucht und erfahren hat. Eine Satzung besteht nicht.

Der Bestand gliedert sich wie folgt:

---

<sup>47</sup> Kontakt nur über E-Mails und Telefonate; Literatur: GÖTZ VON OLENHUSEN, *Rezeption und Repression*, passim; DERS., *Handbuch der Raubdrucke*, passim; HÜTTNER, *Archive von unten*, S. 130.

- 3.000 Raubdrucke
- Publikationen zum Thema (Zeitungsartikel, Zeitschriftenbeiträge und Literatur)
- „Materialien aus dem literarischen Untergrund“: Angebots- und Werbeschreiben, Verlagsprospekte, Rechnungen, Korrespondenzen, Material über den Verband des linken Buchhandels (VLB), Veröffentlichungen von betroffenen „Mainstream“-Verlagen, öffentliche Reaktionen auf Raubdrucke, Presseerklärungen, Presseartikel, Prozessunterlagen und Materialien über zur Raubdruckverfolgung eingesetzte Detektive, Zeitungsausschnitte, Fotos und Plakate. Systematik: 1. Drucke und Verleger; 2. Vertriebe; 3. Verband des linken Buchhandels (VLB); 4. Börsenverein für den deutschen Buchhandel; 5. Zivil- und Strafprozesse.

Findbücher gibt es nicht, für Drucke ab 1973 jedoch eine Zettelkartei. Das Archiv wächst kontinuierlich, weitere Unterlagen sind zugesagt. Eine Nutzung durch die Forschung ist bereits erfolgt.

Sollte in Zukunft eine Weiterführung nicht möglich sein, sollen die Unterlagen als Depositum, nicht als Schenkung, an ein öffentliches Archiv gehen.

### 3.6. Das Bordanowicz-Plakatarchiv in Bruchsal<sup>48</sup>

Es handelt sich um eine private Plakatsammlung eines ehemaligen Gewerkschaftssekretärs der IG Metall (Bevollmächtigter in Ludwigsburg und Bruchsal), der seit 1970 andere Sammlungen aufkauft, z.B. vom Revolutionsbräuhaus Wien, von den Naturfreunden Württemberg oder von einzelnen Graphikern. Die Sammlung beläuft sich auf ca. 4.000-5.000 Plakate, davon ca. 1.500 Duplikate. Die Plakate werden für Ausstellungen angeboten (ca. ein bis drei Mal im Jahr), z.B. für den 1. Mai, 8. März oder bei Aktionen gegen Rechtsradikalismus. Ansonsten ist die Nutzung eher gering. Die Zukunft der Sammlung ist ungewiss.

### 3.7. Das Ökodorfer Archiv<sup>49</sup>

Das Ökodorfer Archiv in Herrischried (nicht jedoch die tragende Gemeinschaft) hat sich während der ersten Phase der Untersuchung Mitte 2006 durch umfangreiche Abgaben in private Hände quasi aufgelöst, obwohl zuvor noch eine Stiftung geplant war. Jedoch hat sich das Archiv in den Jahren davor schon verkleinert; so hat man z.B. im Jahr 2003 Dubletten an das ID-Archiv in Amsterdam abgegeben. Geleitet wurde es seit 1980 von Karl-Heinz Meyer, der davor das Archiv des 'Bundes für Soziale Verteidigung' im Friedensbüro Minden (Nordrhein-Westfalen) aufgebaut hat. Das Archiv bestand aus 900 Bücher und Broschüren, 50 Zeitschriften, 30 Tonträgern und 50

---

<sup>48</sup> Der Leiter des Archivs, Uwe Bordanowicz, musste den Besuchstermin aus privaten Gründen leider mehrmals verschieben, so dass die Informationen nur auf E-Mails und Telefonaten beruhen; HÜTTNER, Archive von unten, S. 129.

<sup>49</sup> Die Informationen beruhen auf E-Mails Anfang 2006 und Angaben aus dem Internet: [http://www.umweltbibliotheken.de/bibliothek\\_anzeigen.php?id=19](http://www.umweltbibliotheken.de/bibliothek_anzeigen.php?id=19); HÜTTNER, Archive von unten, S. 130.

Videos (detailliertere Übersichten lagen nicht vor) zu Ökodörfern, Ökosiedlungen und ökologisch orientierten Gemeinschaften.

### 3.8. Das BUND-Archiv in Radolfzell-Möggingen<sup>50</sup>

Der Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland e.V. ('BUND') ist innerhalb der Neuen Sozialen Bewegungen eines der besten und (zeitlich) ersten Beispiele für eine Professionalisierung und Institutionalisierung<sup>51</sup>, verbunden mit einer Übernahme eigentlich staatlicher Aufgaben. Der Landesverband Baden-Württemberg kann dabei auf eine besonders lange Geschichte zurückblicken: Bereits 1963 gründete sich der 'Bund für Naturschutz Bodensee-Hegau', der Vorläufer für den späteren 'Bund Natur- und Umweltschutz Baden-Württemberg' und Keimzelle des BUND-Landesverbands Baden-Württemberg. Hier ist der Grund darin zu sehen, dass noch heute Radolfzell-Möggingen (neben einer zweiten zentralen Stelle in Stuttgart) Sitz des baden-württembergischen Landesverbandes ist. Im Zentrum stand und steht dort der Erhalt der Naturlandschaft Bodensee. In Radolfzell sind ca. 15-20 Hauptamtliche tätig (in Stuttgart zehn). In Baden-Württemberg gibt es 20 weitere hauptamtlich besetzte Geschäftsstellen des BUND. Auf Kreisebene wirken fast nur Ehrenamtler; Vorstände sind immer ehrenamtlich (klassische Aufteilung: ein Vorsitzender, 1. Stellvertreter, 2. Stellvertreter mit stabilen Ressorts und variablen Spezialaufgaben je nach Interesse und Erfahrung).

Der BUND ist als föderativer Bundesverband organisiert: Unter der Bundes- und Landesebene gliedert er sich in Kreis- und Ortsgruppen. Ortsgruppen sind selbständige Einheiten, nur wenige sind eingetragene Vereine. Generelle Vorgaben erfolgen durch den Bundesverband. Die Personalverwaltung ist auf Landesebene zentralisiert, so dass Personalakten beim Landesverband geführt werden, der auch für die Lobbyarbeit, die Öffentlichkeitsarbeit und für Vorgabe größerer Projektthemen (Wiesen, Schmetterlinge...) zuständig ist. Bei größeren Komplexen (z.B. Flüsse) kommt es zur Zusammenarbeit mehrerer Einzelverbände, wobei immer einer die Federführung übernimmt.

Die Hauptgeschäftsstelle des BUND Baden-Württemberg in Radolfzell-Möggingen ist zuständig für die Finanz- und Personalverwaltung, Mittelbeschaffung, Marketing/Werbung, Mitglieder-, Spender- und Förderverwaltung und innerverbandliche Kommunikation. Neben der Mitwirkung an der politischen Willensbildung (§ 2 Abs. 3 der Satzung) werden in Möggingen jedoch auch konkrete Tätigkeiten für den Staat geleistet, in erster Linie Kartierungsprojekte für das Regierungspräsidium Freiburg. Dies stellt eigentlich eine hoheitliche Aufgabe des Staates (Landratsämter für RP) dar, der dieser aber schon lange – eigentlich schon seit Ende der 1960er Jahre – nicht mehr in ausreichendem Maße selbst nachkommen kann. Als Folge verwaltet das Land in diesem Bereich nur noch, ein nicht unbedeutender Teil der konkreten Arbeit erfolgt

---

<sup>50</sup> Die Informationen beruhen auf einem Interview mit Kai-Steffen Frank (Projektleiter) und Mitarbeitern der Schriftgutverwaltung am 16. August 2006; die Angaben bei HÜTTNER, Archive von unten, S. 128f. über die verschiedenen BUND-„Archive“ stellten sich dabei als fehlerhaft heraus.

<sup>51</sup> RUCHT, Von der Bewegung zur Institution, S. 246 und 249f.; zu Institutionalisierungstendenzen in den Neuen Sozialen Bewegungen vgl. auch ROTH, Demokratie von unten, passim.

durch einen Hauptamtlichen des BUND (Pauschalbetrag vom Land), unterstützt von Ehrenamtlern. Dies läuft nach einem festen Programm ab. Grundlage ist heute unter anderem die 'Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie' (FFH) der EU. Die Tätigkeit des BUND schlägt sich in dessen „FFH-Akten“ nieder. Wichtig ist dies vor allem für das Artenschutzprogramm (ASP) Baden-Württemberg. Dabei kommt es auch zu Absprachen des BUND mit dem Naturschutzbund Deutschland (NABU) und dem Schwäbischen Heimatbund. Wenn weitere staatliche Aufgaben an Kreis- oder Ortsverbände delegiert werden (z.B. die professionelle Umweltberatung), wird dies vom Staat bzw. von Kommunen in Einzelfällen ebenfalls finanziert. Der größte Teil der Einkünfte (weit über die Hälfte des BUND in Baden-Württemberg) ergibt sich aber aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen. Wichtige Kontakte pflegt man auch mit den Landnutzern, also Fischern (Partner bei Flussrenaturierungen, Gegner beim Kormoranschutz), Bauern und Jägern im Rahmen von Ortsbegehungen.

Ein einheitlicher Aktenplan besteht nicht, jedoch grundsätzlich eine themenbezogene Ordnung der Akten. Personalakten und Protokolle des Vorstands sowie des Landesdelegiertenrats liegen zentral beim Geschäftsführer. Die Buchhaltung erfolgt ebenfalls zentral. Ansonsten findet sich eine „vorgangs- und personenbezogene Ablage“, also eine Sachbearbeiterablage. Prof. Thiele führt Korrespondenzakten (Landratsamt – andere Partner A-Z); bei schutzgebietbezogener Korrespondenz verbleibt in der Korrespondenzakte nur eine Kopie, das Original wandert in die entsprechende Schutzgebietsakte. Auch Konzepte ausgehender Schreiben werden zu den Akten gegeben. Für E-Mails gibt es keine einheitlichen Regelungen. Die Protokolle der Vorstandssitzungen, der Mitgliederversammlungen und der anderen Arbeitskreise sind bisweilen mehr als nur Ergebnisprotokolle.

Alle Protokolle sowie die meisten Schriftwechsel und Unterlagen zu Schutzgebieten liegen noch vor, viele andere Unterlagen der alten Zeit (vor allem zu inhaltlichen Umweltthemen wie Energie, Abfall etc.) aus den 1970er und frühen 1980er Jahren sind jedoch bereits vernichtet bzw. wurden nicht aufbewahrt. Auf die Bewahrung der Akten zu den Schutzgebieten wird sehr viel Wert gelegt. Die genannten Korrespondenzakten sind noch vorhanden. Daneben finden sich im Archiv noch alte Zeitschriften, Programme und Broschüren. Die Unterlagen, die zur Broschüre führten, sind jedoch kassiert, abgesehen von den Fällen, in denen eine Broschüre nur einen kleinen Auszug enthielt. Duplikate von Broschüren wurden kassiert. Geordnet wird nach alten Aktivitäten, getrennt nach Gemeinden, v.a. bei den gebiets- und verfahrensbezogenen Unterlagen.

Die Archivierung soll vor allem der Rechtssicherheit dienen<sup>52</sup>. So finden sich dort z.B. alte Zusagen von Behörden. Auch für die Dokumentation und Kontrolle von Eingriffsausgleichen wird das Archiv herangezogen. Wichtig sind hierfür in den Unterlagen nicht zuletzt Aktennotizen, Gesprächsnotizen und Protokolle bei den Begehungen. Dies resultiert aus dem Selbstverständnis des BUND, der u.a. durch die Kartierung öffentliche Aufgaben wahrnimmt und sich skeptisch zeigt, ob die delegierende Verwaltung noch in der Lage ist, die Einhaltung der eigenen Gesetze und Bestimmungen in einem ausreichenden Maße zu überwachen. Nach Auffassung des BUND ist die Kontinuität der Tätigkeit und Kontrolle eher hier als bei der nicht immer

---

<sup>52</sup> Zu Rechtssicherung als primäres Motiv zur Archivierung gegenüber Verwaltungsinteresse und Interesse der Wissenschaft vgl. auch PAPRITZ, Archivwissenschaft, Bd. 3, S. 146ff.

einheitlich agierenden Verwaltung (RP und Landratsämter) gegeben. Das Archiv dient somit auch dem „Blick in die Vergangenheit“: Neben der Kontrolle soll das Potential der einzelnen Gebiete dokumentiert werden (auch der BUND will keine „Museumslandschaft“). Die historische Forschung greift bislang wenig auf das Archiv zurück, sehr intensiv jedoch die Biologen.

Ein weiterer wichtiger Verwendungszweck archivierter Unterlagen für den BUND selbst sind Berichte über die Geschichte des BUND, die vor allem anlässlich von Jubiläen des Verbands oder bei Betriebsjubiläen einzelner haupt- und ehrenamtlicher Mitarbeiter erstellt oder verwendet werden. Das Kapitel „Geschichte des BUND“ auf der Internetseite des Landesverbands Baden-Württemberg [www.bund.net/bawue](http://www.bund.net/bawue) („Über uns – Geschichte“) ist ein anschauliches Beispiel dafür, wie der BUND historische Informationen aufbereitet.

Auf die Frage nach Aspekten der Bestandserhaltung wurde betont, dass Recycling-Papier bislang kein Problem darstelle, sondern vielmehr Fax-Papiere.

Elektronische Unterlagen werden in Zukunft eine größere Rolle spielen<sup>53</sup>. So besteht z.B. eine Datenbank für alle erfassten Tiere und Pflanzen, die sich nur auszugsweise in den Jahresberichten wiederfindet. Besonders die Kommunikation mit den Behörden findet verstärkt elektronisch statt, vor allem Kartenmaterial wird von dort nur noch digital übermittelt. Ein Mitglied des Landesverbands ist hier für die Methodenentwicklung zuständig.

Mit der Selbstarchivierung zur Rechtssicherung ist man damit auf baden-württembergischer Landesebene einen anderen Weg gegangen als der Bundesverband, der 1993 und 2004 Schriftgut an das Bundesarchiv in Koblenz abgegeben hat. Dort liegen im Bestand B 342 (1970-2000) u.a. Unterlagen zu den Delegiertenversammlungen und Bundestagungen 1981-1989, zum Vorstand 1979-1990, zur Redaktion von 'Natur & Umwelt' 1984-1990, zu den Arbeitskreisen 1980-1999, Schriftwechsel mit staatlichen Stellen 1980-1990 und anderen Vereinigungen, Umweltschutzverbänden und Parteien 1979-1991. Der Bestand ist jedoch archivisch nicht bearbeitet und unbewertet<sup>54</sup>. Hier sind auch andere Unterschiede zu erkennen: Während der Bundesverband hauptsächlich politisch (Willensbildung, Lobbyarbeit) wirkt, finden auf den unteren Ebenen konkrete Tätigkeiten in der Umsetzung – im Auftrag oder sogar als Substitut des Staates – statt, die sich in den Akten niederschlagen und zur Rechtssicherheit vor Ort archiviert werden. Die Aktivitäten der links-alternativen Neuen Sozialen Bewegungen liegen heute nicht mehr nur in politischer Meinungsbildung, Lobbyarbeit u.ä., worauf die bisherige Forschung (oft auch die archivwissenschaftliche Herangehensweise) abhob, sondern in Tätigkeiten für die Gesellschaft, die eigentlich vom Staat wahrgenommen werden sollten oder zumindest früher vom Staat wahrgenommen wurden – eine Entwicklung, die somit nicht neu ist, sich aber in Zukunft angesichts von Bürokratieabbau und Aufgabenreduzierung im schlanken Staat ausweiten und nicht ohne Auswirkung auf die Überlieferung bleiben wird.

<sup>53</sup> Zu diesem Aspekt vgl. auch LE GOFF, The records of NGO's, S. 6 und 23f.

<sup>54</sup> [http://www.bundesarchiv.de/bestaende\\_findmittel/bestaendeuebersicht/index\\_frameset.html](http://www.bundesarchiv.de/bestaende_findmittel/bestaendeuebersicht/index_frameset.html).

#### 4. Die Überlieferung der Aids-Hilfen<sup>55</sup>

Besonders deutlich wird dieses Phänomen der gesamtgesellschaftlich relevanten Aufgabenwahrnehmung außerhalb des Staates (nur noch durch Finanzierung und Kontrolle des Staates) in Verbänden, die ihren Ursprung auch in den Neuen Sozialen Bewegungen haben können, an der Deutschen Aids-Hilfe. Schon die Art der Finanzierung und Aufgabenverteilung ist eine Besonderheit, die es in anderen Staaten in dieser Form nicht gibt. Während in den meisten Ländern die Aufgaben entweder nur durch den Staat wahrgenommen werden oder nur durch Non-Governmental Organizations (dann oft mit staatlicher Finanzierung), operieren in Deutschland die Aids-Hilfen als NGO und der Staat quasi „auf Augenhöhe“. Auf Bundesebene verwaltet der Staat 50% des für die Aids-Prävention vorgesehenen Budgets selbst, 50% gehen an die Deutsche Aids-Hilfe (DAH), die autonom damit operieren kann. Daneben finanziert sich die DAH aus Spenden u.ä. (auch Erbschaften), was zu zwei verschiedenen Haushalten bei der DAH führt. Auch die Aufgabenbereiche zwischen Staat und NGO sind geteilt: Die DAH ist v.a. für die zielgruppenspezifische Prävention zuständig. Die Aids-Hilfen vor Ort werden in erster Linie von den Ländern finanziert. In Baden-Württemberg gilt hier ebenfalls eine Teilung der Aufgaben: Das Land soll vorrangig Prävention betreiben, die einzelnen Aids-Hilfen Betreuung. Ähnlich wie bei dem Problem der Kartierung, die der BUND für den Staat übernimmt, findet jedoch auch ein großer Teil der Präventionsarbeit außerhalb der Staates statt, da das Land oft nicht mehr in der Lage ist, diese Aufgabe vollständig zu erfüllen.

Die Aids-Hilfe wird in den Studien über die Neuen Sozialen Bewegungen nicht erwähnt. Sie selbst ist auch nicht eine Bewegung für sich, sondern ist aus einem Teil der Neuen Sozialen Bewegungen, der Homosexuellenbewegung, erwachsen. Viele Aids-Hilfen haben ihre Wurzeln im 'Bundesarbeitskreis Schwuler im Gesundheitswesen' (BASG). Dabei kann der Aufbau der Aids-Hilfe in den 1980er Jahren als eine der größten Leistungen der Schwulenbewegung angesehen werden: Aus eigenen Mitteln und zum Teil gegen massive Widerstände wurde ein funktionierendes Selbsthilfe-Netz aufgebaut, das sich professionalisiert und institutionalisiert hat – und sogar Aufgaben für den Staat übernimmt<sup>56</sup>. Wie der BUND bewegt sie sich damit nicht mehr allein auf der politischen Ebene der Meinungsbildung und Lobbyarbeit, sondern erfüllt Aufgaben im Dienst der Gesellschaft. Stärker noch als beim BUND wirken bei den Aids-Hilfen – vor allem bei den älteren Aktivisten – staatskritische

---

<sup>55</sup> Die Informationen beruhen auf Interviews mit Joschi Moser (Vorstandsvorsitzender der Aids-Hilfe Schwäbisch Gmünd) am 7. August 2006, mit Jürgen Bein (Geschäftsführer der Aids-Hilfe Tübingen-Reutlingen) am 8. August 2006, mit Janine Leinenbach und anderen Mitarbeitern bzw. Vorstandsmitgliedern der Aids-Hilfe Mannheim/Ludwigshafen am 10. August 2006, mit dem Vorstand und einigen Mitarbeiterinnen der Aids-Hilfe Ulm/Neu-Ulm/Alb-Donau am 11. und 17. August 2006, mit Ulrike Kaminski (Geschäftsführerin der Aids-Hilfe Ravensburg-Oberschwaben) am 14. August 2006, mit Franz Kibler (Geschäftsführer der Aids-Hilfe Stuttgart) am 23. August 2006 und Ulrike Hallenbach (Geschäftsführerin des Landesverbandes Aids-Hilfe Baden-Württemberg) am 12. Oktober 2006, ebenso auf mehreren Interviews mit Sven Christian Finke (Bundesvorstand Deutsche Aids-Hilfe) sowie auf den Vorträgen und Diskussionsrunden auf den Veranstaltungen zum 20jährigen Bestehen der Aids-Hilfe Münster im Januar 2006.

<sup>56</sup> Vgl. auch HAUNSS, Identität in Bewegung, S. 206.

Bedenken nach (Bürgerrechte, Datenschutz). Besonders im Südwesten Deutschlands ist oft die Kritik zu hören, das Land Baden-Württemberg sei im Gegensatz zu manch anderen Bundesländern immer noch recht wenig an der Aids-Problematik interessiert (ob dies korrekt ist, sei dahingestellt, eine Wertung soll hier nicht vorgenommen werden). Auch sei das Engagement der einzelnen Gesundheitsämter hier bislang sehr unterschiedlich gewesen. Hauptkontaktpartner für die Aids-Hilfen innerhalb der Landesverwaltung (Mittelbeantragung, Rechenschaftsberichte und Statistiken) sind das Sozialministerium und die Regierungspräsidien, daneben auch Schulen und (für den Landesverband in diesem Zusammenhang wegen der Koordination) das Kultusministerium, daneben auch das Justizministerium wegen der Betreuung in Justizvollzugsanstalten. Das Land ist der größte Geldgeber, nur die Aids-Hilfe Stuttgart erhält mehr Geld von der Stadt. Die Aids-Hilfen Mannheim/Ludwigshafen (Sitz in Mannheim) und Ulm/Neu-Ulm/Alb-Donau (Sitz in Ulm) erfahren auch – geringere – finanzielle Unterstützung von Rheinland-Pfalz und Bayern. Auch innerhalb des Landes gibt es Unterschiede: Finanziell unterstütztes ‘Betreutes Wohnen’ findet sich in diesem Kontext nur im württembergischen Landesteil und wurde früher vom LWV übernommen. Seit der Verwaltungsreform liegt die Zuständigkeit bei den Kommunen, was die Arbeit nach Aussage der Verantwortlichen nicht leichter gemacht hat.

Wie beim BUND zeigt sich hier eine föderale Struktur des Verbands (dies muss nicht immer der Fall sein: Greenpeace z.B. ist zentralistisch und hierarchisch strukturiert) mit einer besonders ausgeprägten Selbständigkeit der örtlichen Aids-Hilfen und eher schwachen – und manchmal fehlenden – Landesverbänden. Der Bundesverband (DAH) hat in erster Linie eine koordinierende Funktion und ist zuständig v.a. für Wissenstransfer und Know-How, Materialerstellung, Corporate Identity, Schulung/Fortbildung, für den wissenschaftlichen Bereich und Fachkongresse. Der Vorstand der DAH ist der Arbeitgeber der Bundesgeschäftsstelle. Einzelne örtliche Aids-Hilfen haben jedoch manchmal mehr (ehren- und hauptamtliches) Personal und einen größeren Haushalt. Zentrales Gremium ist der Delegiertenrat. Die Aids-Hilfe Baden-Württemberg (seit 1987 Landesverband der örtlichen AIDS-Hilfen) legt Richtlinien und Qualitätsstandards fest, übernimmt die Vertretung und Lobbyarbeit gegenüber Regierung und Landtag, ist zuständig für Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung, Informationsfluss sowie für die Arbeitskreise auf Landesebene und fungiert als Dienstleister für die örtlichen Aidshilfen (z.B. Sammelbestellungen). Die örtlichen Aids-Hilfen sind regional grob und nicht offiziell voneinander abgegrenzt. Gemeinsame Projekte sind äußerst selten. Die eigentliche Arbeit findet nicht im Landesverband, sondern in den örtlichen Aids-Hilfen statt. Die Aufgaben der autonomen örtlichen Aids-Hilfen sind breit gefächert. So nennt z.B. die Satzung der AH Ulm (§ 2 I) die „Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege durch Beratung und Aufklärung sowie durch Unterstützung der Forschung zum Komplex der HIV-Infektion, die Unterstützung anderer Personen oder staatlicher Stellen durch Beratung, Mitarbeit oder Zuwendung bei ihrer auf den gleichen Zweck gerichteten Tätigkeit, sowie die Unterstützung von Personen, die nach dem Stand der jeweiligen Forschung zumindest annehmen, mit dem HI-Virus infiziert oder an AIDS erkrankt zu sein“. Zu diesem Zweck soll der Verein „öffentliche Veranstaltungen durchführen“, beraten, betreuen und Selbsthilfegruppen einrichten. Oft wird auch eine Telefonberatung angeboten. Der Trend geht jedoch zur Online-Beratung. Es gibt Info-Stände, Benefiz-

aktionen, Streetwork, Veranstaltungen in Schulen, Angebote für Migranten und auch eine Teilnahme an Forschungsprogrammen. Hierfür haben sich meist verschiedene Gruppen oder Teams aus Ehrenamtlichen gebildet (Präventionsteams, Öffentlichkeitsgruppen, Beratungsteams u.ä.).

Eine der zentralen Aufgaben ist jedoch die Betreuung von so genannten „Klienten“ – also HIV-Infizierte bzw. an Aids Erkrankte – durch (in der Regel) hauptamtliche Mitarbeiter wie Sozialarbeiter oder Psychologen. Darunter findet sich auch eine nicht geringe Anzahl an Inhaftierten, so dass viele Aids-Hilfen auch enge – und nicht immer einfache – Kontakte zu den Justizvollzugsanstalten und den dortigen Ärzten unterhalten. In diesem Bereich fallen die „Klientenakten“ an, die in der Schriftgutverwaltung der Aids-Hilfen einen besonderen Platz einnehmen. In ihnen als „Hauptakten“ kommt die konkrete Tätigkeit, das Tagesgeschäft, am deutlichsten zum Ausdruck (der größte Teil des Etats fließt in die Klientenbetreuung). Sie unterliegen als personenbezogene Unterlagen auch intern einem besonderen Schutz und sind nur den Verantwortlichen zugänglich. Auch der (ehrenamtliche) Vorstand hat in der Regel keinen Zugriff darauf. Hier wird auf die Aktenmäßigkeit besonderen Wert gelegt, da für den Nachfolger jeweils der Stand der Dinge sofort aus den Akten ersichtlich sein muss. Allerdings werden sie in den einzelnen Aids-Hilfen unterschiedlich angelegt und geführt. So wird in Ulm zu jeder um Rat oder Unterstützung bittenden Person ein Vorgang angelegt, in Ravensburg nur zu „Stammkunden“, in Tübingen und Stuttgart erst bei einem wirklichen Betreuungsbedarf (z.B. ab dem zweiten Hausbesuch oder bei Schuldnerberatung). Für die Ersterfassung existieren in der Regel vorgedruckte Formulare. Entsprechend variiert auch die Ordnung: In Ulm, wo bei Anonymität nur Nummern vergeben werden, herrscht kein klares Ordnungsprinzip. In Mannheim wird für jeden „Stammkunden“ eine Akte angelegt und namentlich geordnet, Einzelfälle bilden zusammen eine Akte. Form und Inhalt der Akten können ebenfalls variieren, zum einen nach dem jeweiligen Paragraphen des SGB, nach dem die Akte geführt wird, und nach den Gepflogenheiten der jeweiligen Aids-Hilfe oder auch des einzelnen Betreuers. In Ulm, Ravensburg, Mannheim und Stuttgart werden nicht immer Gesprächs- oder Telefonnotizen angefertigt. Auf interne Vermerke wird jedoch meist Wert gelegt (in Mannheim wird zudem alle sechs Monate ein Bericht verfasst), teilweise sogar mit bestimmten Farben. In Schwäbisch Gmünd finden sich in den Klientenakten nur Kopien der Korrespondenz, da die Originale in den chronologisch geordneten Korrespondenzakten verwahrt werden. Das Problem des Mitwanderns der Klientenakte hat sich bislang noch kaum gestellt. Unterschiedlich wird auch die Kassation gehandhabt: In Tübingen werden unregelmäßig Akten verstorbener Klienten kassiert, in Stuttgart wurde beim letzten Umzug ein großer Teil vernichtet, allerdings verwahren dort zwei Mitarbeiter noch alte Akten verstorbener Klienten. In Mannheim wurde noch keine Klientenakte kassiert.

Wie bei den Klientenakten unterscheidet sich auch die generelle Aktenordnung der einzelnen Aids-Hilfen. Eine gemeinsame Vorgabe gibt es bei der hohen Autonomie nicht. Eine Besonderheit ist Schwäbisch Gmünd, das chronologische Korrespondenzakten bildet; die Unterlagen sind dort nach Zugangsberechtigung (drei verschiedene Stufen) geordnet. Ulm kennt seit 1987 auch eine Ordnung nach Korrespondenzpartnern: Schriftverkehr mit Ämtern und Behörden; Schriftverkehr mit öffentlichen Geldgebern und Sponsoren; Schriftverkehr mit anderen Aids-Hilfen; Schriftverkehr

mit der DAH; Schriftverkehr mit Kooperationspartnern. Daneben gibt es dort Spezialakten zu Präventionsmaßnahmen und -veranstaltungen (chronologisch geordnet), Öffentlichkeitsarbeit, Mitarbeitern (auch Zivildienstleistende und Praktikanten). Für besondere Felder der Öffentlichkeitsarbeit, wie z.B. die Spendenbüchsen-aufstellung oder größere Veranstaltungen mit mehreren Kooperationspartnern werden jeweils eigene Akten angelegt. Die Akten sind für alle zugänglich und werden zentral verwahrt. Ravensburg bildet Sachakten; die Protokolle der einzelnen Gruppen werden gesondert abgelegt. In Tübingen – wo bereits wiederholt kassiert wurde – fand nach Kassationen meist eine Neuordnung statt. Dort findet sich bei den Hauptamtlichen eine Tendenz zu Sachbearbeiterablagen, ebenso in Mannheim, wo es aber eine zentrale „Altregistratur“ gibt. In Stuttgart ist nach Aussage des erst seit kurzem amtierenden Geschäftsführers „kein System erkennbar“, was ebenfalls auf eine Sachbearbeiteranlage hindeutet. Beim Landesverband werden Sachakten geführt.

Auch in den Details unterscheiden sich die einzelnen Aids-Hilfen, z.B. im Umgang mit den Konzepten ausgehender Schreiben. In Schwäbisch Gmünd gelangen alle in die Korrespondenzakten, in Ravensburg werden Konzepte bzw. Kopien oder Ausdrucke des ausgehenden Schreibens nur in wichtigen Fällen zu den Akten gegeben, ähnlich in Tübingen – in Stuttgart und Ulm dagegen offensichtlich durchgehend. In Mannheim werden sie meist nur elektronisch auf dem Rechner gespeichert.

An elektronischen Unterlagen finden sich meist Datenbanken für unterschiedliche Zwecke. Ein elektronisches Mitglieder- und Adressenverzeichnis ist Standard. Rechenschaftsberichte und Statistiken für die Verwaltung werden meist digital erstellt. In der Aids-Hilfe Mannheim/Ludwigshafen erfolgt seit fünf Jahren eine Mengenerfassung bei den haupt- und ehrenamtlichen Tätigkeiten über DOSA, ein Programm der rheinland-pfälzischen Verwaltung, und zwar detaillierter als für die Statistiken und Rechenschaftsberichte, die sonst an die Verwaltung gehen. Von der AH Mannheim hat auch die AH Tübingen dieses Programm übernommen. Die Auswertung der Daten wird jedoch noch ausgedruckt. In Stuttgart ist ein ähnliches Programm in Arbeit, das für alle Vereine gelten soll, die Geld von der Stadt erhalten. In der AH Stuttgart wird wichtige Post bereits vom Geschäftsführer gescannt und an die Mitarbeiter auf elektronischem Wege übermittelt. E-Mails werden oft noch ausgedruckt, zumindest die wichtigen oder jene, die sich an den Vorstand richten. Die Zahl der Eingänge an E-Mails und konventioneller Post ist unterschiedlich, auch unregelmäßig und konnte nicht immer genau beziffert werden. In Schwäbisch Gmünd schätzt man insgesamt 200 Eingänge pro Monat, in Mannheim fünf am Tag (ohne E-Mails).

Neben den Akten sind auch die Protokolle eine wichtige Art des Schriftguts und eine relevante Quellengattung. Heute handelt es sich bei jenen der einzelnen Gruppen und Gremien in fast allen Fällen um Ergebnisprotokolle.

Der Umfang des Schriftguts konnte von den einzelnen Aids-Hilfen nicht immer genau geschätzt werden. Schwäbisch Gmünd verweist auf 36 lfd. m, Ulm auf 30, Stuttgart auf 5 bei den Mitarbeitern, 6-7 in der Zentrale, 5-6 bei der Buchhaltung und daneben auf eine unschätzbare Menge im Keller (Altregistratur), der Landesverband auf ca. 100 Ordner von etwa 20 lfd. m.

Kassiert wurde bislang unterschiedlich: In Schwäbisch Gmünd liegt noch alles vor. In Ulm werden auf jeden Fall noch alle Personalunterlagen und die ersten Anträge

aufbewahrt, kassiert wurde in den Bereichen Buchhaltung und Öffentlichkeitsarbeit. In Ravensburg steht die erste Kassation im Bereich Kasse und Finanzen an. In Tübingen finden viele Einzelblattkassationen statt; länger als 10 Jahre werden Jahresabschlüsse, Protokolle der Mitgliederversammlungen, interne Diskussionspapiere, Rundbriefe und Jahresberichte sowie Unterlagen zur Öffentlichkeitsarbeit aufbewahrt. In Mannheim, wo noch keine Klientenakte vernichtet wurde, wird sonst alles Schriftgut mit Ausnahme von Unterlagen über Miete und Computer nach einer Frist von 10 Jahren kassiert. Ähnlich in Stuttgart, wo auch der letzte Umzug zu einer großen Kassationsmaßnahme geführt hat. Beim Landesverband wurden 2006 anlässlich eines Personalwechsels 50 Ordner vernichtet; die Unterlagen zur Vereinsgründung und rechtlich relevantes Schriftgut werden aufbewahrt.

Die einzelnen örtlichen Aids-Hilfen haben auch – heute zunehmend digitales – Bildmaterial in ihren Unterlagen (Mannheim auch audiovisuelle Medien), oft aber nicht geordnet.

Schriftgut anderer Gruppen ist selten. In Schwäbisch Gmünd finden sich Unterlagen der alte HIV<sup>+</sup>-Gruppe beim Gesundheitsamt (darunter auch Korrespondenzen), in Tübingen von aufgelösten Gruppen der örtlichen Homosexuellenbewegung.

Wie bei leitenden Beamten in der Verwaltung ist bisweilen auch bei den Vorständen der einzelnen Aids-Hilfen mit Handakten zu rechnen. Die Festlegung der Unvereinbarkeit von Mitgliedschaft im ehrenamtlich tätigen Vorstand und gleichzeitiger hauptamtlicher Tätigkeit in der Aids-Hilfe durch die Satzung ist Voraussetzung für die Mitgliedschaft im Landesverband (Schwäbisch Gmünd ist eine Besonderheit, da es dort nur Ehrenamtler gibt). Der Vorstand ist neben der Mitgliederversammlung das zentrale Organ und zuständig für die Vertretung nach außen, die innere Organisation, Finanzen und Öffentlichkeitsarbeit. Je nach Aids-Hilfe unterschiedlich sind die Aufgaben- und Kompetenzverteilungen. So erfolgt in Ulm nach jeder Wahl eine neue Ressortverteilung, verbunden mit schriftlichen Vereinbarungen der Ressortvorsitzenden gegenüber den Mitarbeitern. Die Ressortverteilung findet sich im Mittelplan und hat damit auch eine finanzielle Komponente. Der erste Stellvertreter ist oft (z.B. in Schwäbisch Gmünd) für die Außenvertretung, der zweite für die innere Organisation verantwortlich. In Tübingen gibt es keine festgelegten Ressorts, auch sind dort alle Vorstandsmitglieder gleichberechtigt (allerdings gibt es dort seit 1995 eine Geschäftsordnung, die zuletzt 2003 überarbeitet wurde und demnächst wieder aktualisiert werden soll), ähnlich in Stuttgart. Gleichberechtigung herrscht auch in Mannheim, hier gibt es jedoch zugleich eine Ressortverteilung wie in den meisten anderen Aids-Hilfen. Auch die Bestimmungen über Zeichnungsberechtigungen können leicht variieren. Zum Verhältnis von Geschäftsführung und Vorstand bei der Aktenführung lässt sich konstatieren, dass der Vorstand bisweilen zur Bildung von Handakten tendiert, die Geschäftsführung auf Vollständigkeit der Akten achtet. In Stuttgart klagte der erst seit kurzem amtierende Geschäftsführer (neben der Undurchsichtigkeit der Aktenführung durch die Mitarbeiter) über zu geringe Kompetenz in der Kontrolle des Geschäftsgangs – und bat den Verfasser um sachkundige Ratschläge für die Schriftgutverwaltung.

Auch wenn zwischen einer Behörde und einer kleinen NGO unbestreitbar große Unterschiede bestehen, lassen sich hier aus archivarischer Sicht doch Gemeinsamkeiten feststellen: Unterschiedliche Aufgaben werden auf verschiedenen Ebenen

wahrgenommen und finden einen entsprechenden Niederschlag in Sach- und personenbezogenen Akten. Der Archivar kann mit bekannten Bewertungsgrundsätzen an die Überlieferung herantreten. Sogar bei der Beratung für die Schriftgutverwaltung könnte er sich einbringen.

## 5. Fazit

Die Untersuchung hat verschiedene Probleme aufgezeigt. Über die Bedeutung der nichtstaatlichen Überlieferung – auch und gerade aus ‘alternativen’ oder ‘unkonventionellen’ Kontexten – ist sich die Archivwissenschaft (und -praxis) weitgehend einig. Jedoch treten solche Überlieferungen in ganz unterschiedlichen Ausformungen auf. Es finden sich: Überlieferungssicherung durch Deposita in öffentlichen Archiven (auch im Landesarchiv Baden-Württemberg); autonome Einrichtungen mit einem selbstgestellten größeren regionalen Überlieferungsauftrag, wie das Archiv Soziale Bewegungen; Bewegungsarchive, die allein die Unterlagen einiger eng begrenzter Gruppen verwahren, wie das Mutlangen-Archiv; Dokumentationszentren, die sich auf die Sammlung und Erschließung von Zeitschriften, Broschüren und grauer Literatur fremder Provenienz konzentrieren, jedoch dem eigenen Schriftgut (noch) keine größere Aufmerksamkeit schenken, wie das Informationszentrum Dritte Welt und das Institut für Friedenspädagogik; reine Sammlungen wie das Bordanowicz-Plakatarchiv; Verbände im Bereich der Neuen Sozialen Bewegungen, die zur Rechtssicherheit relevante Unterlagen archivieren, wie einzelne Einheiten des BUND. Gerade bei letzterem und noch mehr bei den Aids-Hilfen wird ein wichtiger Punkt deutlich, den auch Schockenhoff in diesem Kontext angesprochen hat: Die Verlagerung von Aufgaben im Zeichen des ‘schlanken Staates’ mit daraus resultierenden Konsequenzen für die Überlieferung.

Diese unterschiedlichen Ausprägungen der Überlieferung erfordern unterschiedliche Methoden zur Überlieferungssicherung. Zentrales Problem sind in jedem Fall die begrenzten Ressourcen, was in einem Schweizer Beitrag zur Bewertungsdiskussion besonders prägnant formuliert worden ist: „Was machen wir in einer Zeit drastisch verknappter Mittel mit dem sekundären Bereich, also z.B. Privatarchiven und Fotosammlung [...]? Wenn wir selbst nicht mehr in der Lage sind, zu sammeln, wenden wir dann Zeit auf, um Dritte beim Sammeln zu unterstützen? [...] Welchen Aufwand soll ein Archiv betreiben, um Bereiche, die in der herkömmlichen Überlieferung schlecht dokumentiert sind, aktiv zu ergänzen? Sollen Archive dies überhaupt tun? Wenn ja: nach welchen Kriterien? Ist unmittelbare Publikumswirksamkeit ein bewusstes oder unbewusstes Kriterium beim Entscheid für oder gegen die Übernahme von Privatarchiven und Sammlungsgut?“<sup>57</sup>

Der schlanke Staat verlangt von Archiven massive Einsparungen und vor allem eine Reduzierung auf Kernaufgaben. Somit sind im Bereich der nichtstaatlichen Überlieferung wohldurchdachte Schwerpunkt- und Prioritätensetzungen erforderlich. Eine umfassende Sammlungstätigkeit durch öffentliche Archive als „Jäger und

---

<sup>57</sup> ZWICKER, Zum Stand der Bewertungsdiskussion in der Schweiz, S. 115.

Sammler“ [Zitat: Frank M. Bischoff] ist kaum realisierbar und steht auch nicht für ein klares Konzept. Im Bereich der Finanzen bestehen mit Sicherheit keine Spielräume mehr. Unterstützungsmöglichkeiten in diesem Bereich schließen sich damit aus. Ohnehin sollte die Autonomie der freien Archive auf jeden Fall gewahrt bleiben, da sonst die ohnehin schon nicht immer einfachen Kontakte der alternativen Archive zur entsprechenden ‘Szene’ gefährdet werden könnten. Angesichts dieser Probleme der freien ‘szenenahen’ Archive (man denke auch an das Beispiel Punk-Bewegung) lässt sich auch gut erkennen, dass eine „gesamtgesellschaftliche Dokumentation“ in der Schockenhoffschen Interpretation von Booms sich als unrealistisch und undurchführbar erweisen muss. Zum einen kann die Gesamtgesellschaft in all ihren Facetten mit dem Ziel einer umfassenden Überlieferungsbildung nicht überblickt werden, zum anderen gelangt man – sollte die Relevanz einer bestimmten Überlieferung tatsächlich erkannt worden sein – selbst bei einer gewissen Nähe zum Schriftgutproduzenten oft nur schwer an die relevanten Unterlagen, wie einige der Beispiele gezeigt haben. Dies würde die öffentlichen Archive zu viele Ressourcen kosten. Ziel müssten vielmehr Arbeitsteilung und fachliche Unterstützung sein. Dabei sollten von den vorgestellten Einrichtungen die Archive im engeren Sinne im Vordergrund stehen, nicht die offensichtlich strukturell und finanziell ohnehin besser abgesicherten Dokumentationsstellen und deren Sammlungen. Die eigenen Schriftgutüberlieferungen der Dokumentationszentren könnten dabei wie Unterlagen anderer nichtstaatlicher Organisationen ohne Archivierungskonzept behandelt werden. Die Sorge sollte in erster Linie den Unikaten gelten, nicht Zeitschriften oder Plakaten in Mehrfachüberlieferung.

Rechtlich könnte der Auftrag der staatlichen Archive zur Sicherung der Überlieferung auch interpretiert werden als Hilfe der staatlichen Archive, den freien Archiven bei der Erarbeitung von Standards zu helfen<sup>58</sup>. Archivalienschutzgesetze<sup>59</sup> gehören dabei zu Recht der Vergangenheit an.

Unterstützungsformen wie Hilfe bei der Bestandserhaltung (säurefreie Archivkartons) sind bereits üblich und bedürfen hier keiner weiteren Ausführung<sup>60</sup>. Denkbar wären aber auch Angebote zur Teilnahme an Fortbildungen, wie ja z.B. auch der autodidaktische Leiter des Mutlangen-Archivs Hilfe eine Vertiefung von Fachkenntnissen, vor allem in (urheber-)rechtlichen Fragen, für wünschenswert hielt. Als gemeinsame Projekte wären Ausstellungen mit einer Präsentation verschiedener Überlieferungsstränge denkbar. Die Einbindung in ein landesweites Archivportal oder Verweise auf freie Archive bei Geschichtswettbewerben sind mit Sicherheit ebenfalls gute Schritte. Viele der Vorschläge sind nicht neu, sie sollten jedoch in Zukunft konsequenter umgesetzt werden.

Ebenfalls bereits geplant ist (nach einer Aussage Robert Kretzschmars als VdA-Vorsitzenden), das Konzept der „Überlieferungsbildung im Verbund“ 2007 wieder aufzugreifen, nun jedoch mit einem eher an organisatorischen und weniger an inhalt-

---

<sup>58</sup> Rechtsvergleichend hierzu: POLLEY, *Variatio delectat*, S. 29; GÜNTHER, *Zur Übernahme fremden Archivguts durch staatliche Archive*, S. 43, 48 und 53.

<sup>59</sup> Vgl. hierzu besonders die kurze Zusammenfassung von REIMANN, *Kulturgutschutz und Hegemonie*, S. 5-27. Vgl. auch die Berichte: *Der Archivar* 2, 1949, Sp. 3 und 45f.; *Der Archivar* 3, 1950, Sp. 1-14, 49-55 und 195f.; *Der Archivar* 4, 1951, Sp. 13-19, 99-112; *Der Archivar* 5, 1952, Sp. 115-120

<sup>60</sup> Vgl. auch KIESSLING, *Seminare, Archivkartons, Internet*, S. 20-25.

lichen Fragen orientierten Vorgehen. Hierbei könnten – so Kretzschmar – nun auch alternative Archive integriert werden, sowohl in die Prozesse als auch in die Struktur des VdA.

Zentral wäre meines Erachtens dabei die Einbindung der ‘alternativen’ Archive in die Bewertungsdiskussion, die jedoch Abschied nehmen sollte von der Idee einer „gesamtgesellschaftlichen Dokumentation“.

Dies muss jedoch für die staatlichen Archive nicht bedeuten, dass sie sich vom Begriff „Gesellschaft“ in der Bewertungsdiskussion verabschieden und dem Staat wieder bzw. immer noch absolute Geltung zusprechen sollten. Das gilt auch für einen älteren Vorschlag von Booms, der Erfolg von Verbänden u.ä. sollte Grundlage der Bewertung nichtstaatlichen Archivguts sein – die von Booms so genannte „Pressure-Potenz“, also das Vermögen einer Organisation, Mitglieder in staatliche Positionen zu bringen oder staatliche Institutionen zu beeinflussen<sup>61</sup>. Eine solche Methode würde in der Tat zu einer Verfälschung der Überlieferung führen.

Anbieten könnte sich stattdessen eine angepasste Umsetzung der ‘Richtlinien für die Sammlungspolitik in den baden-württembergischen Staatsarchiven’ vom 19.12.1996 (Punkt I): Beschränkung der Sammlungstätigkeit auf nichtstaatliche „Unterlagen [...], die bei der Erledigung hoheitlicher Aufgaben im weiteren Sinne entstanden sind“<sup>62</sup>.

Die Wahrnehmung von gesellschaftlich relevanten Aufgaben wurde bislang in der Auseinandersetzung mit der nichtstaatlichen Überlieferung zu wenig berücksichtigt. In erster Linie wurden Verbände, Vereine und ähnliche Gruppen – auch der Neuen Sozialen Bewegungen – als Mitwirkende an der politischen Willensbildung und als politische Lobbyisten verstanden. Auch das Konzept von ‘FrauVera’ sieht die Dokumentation der „politischen Arbeit“ von Frauenverbänden u.ä. als vorrangiges Ziel an<sup>63</sup>. Ebenso blieb bei dem niederländischen Bewertungsmodell PIVOT, das sich an (staatlichen!) „handelingen“ orientierte als der Summe von Aufgabenwahrnehmungen, der Gesamtheit der Tätigkeiten, die im Rahmen der Ausführung einer Aufgabe erledigt werden, die aus einer Zuständigkeit hervorgehen und die in Bezug auf ihr Umfeld ein Produkt ergeben, die „Politik“ im Vordergrund<sup>64</sup>. Das damit in manchen Punkten vergleichbare horizontal-vertikale Bewertungsmodell des Landesarchivs Baden-Württemberg<sup>65</sup> hat demgegenüber den Vorzug, dass es stärker auf die administrative Aufgabenbewältigung ausgerichtet ist. Denn es ist erkennbar, dass heute in Interessenverbänden – auch der Neuen Sozialen Bewegungen – nicht nur politische (Lobby-)Arbeit geleistet wird, sondern zunehmend auch gesamtgesellschaftlich relevante („gemeinnützige“) Aufgaben wahrgenommen werden (in den genannten Beispielen: spezielle und klar definierte Tätigkeiten in den Bereichen Umweltschutz und Gesundheitsvorsorge/Betreuung). Das Bewertungsmodell der Zukunft, das an-

<sup>61</sup> BOOMS, Grenzen und Gliederungen zeitgeschichtlicher Dokumentationen, Sp. 41.

<sup>62</sup> [http://www.landesarchiv-bw.de/sixcms/media.php/25/richtlinien\\_sammlungstaetigkeit.pdf](http://www.landesarchiv-bw.de/sixcms/media.php/25/richtlinien_sammlungstaetigkeit.pdf).

<sup>63</sup> <http://www.frauvera.de>.

<sup>64</sup> Zu PIVOT vgl. u.a.: DE VRIES, Die PIVOT-Methode in den Niederlanden, S. 297-307; HAGEMANN, Ein neues niederländisches Verfahren zur Bewertung; HOL, Die Zergliederung der Handlungsträger – PIVOT, S. 47-61.

<sup>65</sup> Einen Vergleich zwischen der horizontal-vertikalen Bewertung und PIVOT zieht SCHÄFER, Archivische Überlieferungsbildung in Kooperation zwischen Archiven und Behörden verschiedener Träger, S. 168f.

gesichts der bereits fortgeschrittenen Entwicklung bei der Auslagerung von Aufgaben auch nichtstaatliche Überlieferung einbeziehen muss, sollte sich nicht die Dokumentation bestimmter Themenbereiche wie z.B. „Umweltschutz“ oder „HIV/Aids“ zum Ziel setzen, sondern die Archivierung von aussagefähigen Unterlagen, die bei der Erfüllung gesamtgesellschaftlich relevanter Aufgaben entstehen<sup>66</sup>. Somit würde auch dem Schellenbergschen Evidenzwert, dem das Schockenhoffsche Dokumentationsmodell so skeptisch gegenübersteht, auch im nichtstaatlichen Bereich eine Bedeutung bei der Bewertung zukommen – ein Ansatz, der sich übrigens auch bei ‘FrauVera’ findet: Archivwürdig sei „alles, was in späterer Zeit Auskunft geben kann über die Tätigkeit des Vereins, seine Organisationsstrukturen, seine Aktivitäten und Entscheidungsträgerinnen“, also vor allem „interne“ Unterlagen, nicht die Publikationen<sup>67</sup>. Problematisch ist jedoch auf der anderen Seite ein Ratschlag von ‘FrauVera’, der vor Bewertung und Kassation wiederum Abstand nehmen will (und dafür plädiert, dass im Zweifelsfall alles aufgehoben werden sollte)<sup>68</sup>.

Die Ausweitung des horizontal-vertikalen Bewertungsmodells wäre somit eine sinnvolle Lösung. Zur Frage, wo bei der Erledigung einer Aufgabe die aussagefähigsten Unterlagen anfallen, wären bei der zunehmenden Auslagerung der Aufgabenwahrnehmung in Zukunft nicht allein die unterschiedlichen Organisationseinheiten der Verwaltung, sondern auch nichtstaatliche Einrichtungen einzubeziehen. Auch hier sind verschiedene Ebenen (Bund, Länder, Kreis usw.) und Einheiten zu berücksichtigen, je nach Art der Aufgabe als Basis der Bewertung. Diese nicht-staatliche Überlieferung wäre dann nicht mehr als „Sammlungsgut“ im bisherigen Sinne und auch nicht mehr als Ergänzungs- oder Ersatzüberlieferung (dies wäre in manchen Bereichen dann die staatliche Überlieferung) anzusehen.

Problematisch bleibt jedoch der Zugang der Archive zu diesen Einrichtungen und Unterlagen, man denke nur an die aussagefähigen, aber auch brisanten personenbezogenen „Klientenakten“ der Aids-Hilfen, deren Archivierung in öffentlichen Archiven wohl nicht ohne weiteres möglich wäre. Für die Zukunft bedeutet dies auf jeden Fall, dass wie bei Bewertung, Behördenberatung und einem großen Teil der archivischen Arbeit grundsätzlich ein früher Einsatz des Archivs erfolgen muss. Sobald erkennbar ist, dass bestimmte Aufgaben nicht mehr maßgeblich vom Staat selbst wahrgenommen werden, sollte das zuständige Archiv Maßnahmen für die Überlieferungsbildung aus den Unterlagen der nichtstaatlichen Einrichtung ergreifen. Möglich wäre dies z.B. über das jeweils zuständige Ministerium, dem gegenüber die jeweilige Einrichtung (v.a. finanziell) rechenschaftspflichtig ist. Die so genannte „verwaltungsinterne Öffentlichkeitsarbeit“ würde sich somit auf nichtstaatliche Einrichtungen ausweiten. Auch dies ist nicht ganz neu. Die Beratungsseiten von ‘FrauVera’ raten den Verbänden sogar zur Einführung eines Aktenplans<sup>69</sup>. Auch der Verfasser der Arbeit wurde während der Interviews selbst um Ratschläge für eine Verbesserung der Schriftgutverwaltung gebeten. Hier könnten sogar die Anforderungen eines Ansatzes umgesetzt werden, welche die Archivwissenschaft als

---

<sup>66</sup> Vgl. auch MENNE-HARITZ, Archivierung oder Dokumentation, S. 232ff.

<sup>67</sup> Vgl. Anm. 63; anders dagegen EHLERS, Anleitung zur Schriftgutaufbewahrung, S. 21.

<sup>68</sup> Vgl. Anm. 63.

<sup>69</sup> Vgl. Anm. 63; entsprechend auch LE GOFF, The records of NGO's, S. 11-29.

eine Hilfswissenschaft der Verwaltungswissenschaft versteht<sup>70</sup>. Selbstverständlich würde eine solche Erweiterung des horizontal-vertikalen Bewertungsmodells den Einsatz von nicht geringen Ressourcen erfordern, die im schlanken Staat knapp geworden sind. Diese Ressourcen könnten jedoch durch eine vor diesem Hintergrund erfolgende und auch sinnvolle Reduzierung der Sammlungspolitik eingespart werden.

Ziel eines solchen Vorgehens wäre dann nicht eine gesamtgesellschaftliche Dokumentation, sondern die Archivierung von Unterlagen, die bei Wahrnehmung gesellschaftlich relevanter Aufgaben entstanden sind.

Als Vorschlag aus der Untersuchung ergibt sich somit die Kombination zweier Vorgehensweisen: Die Integration der freien Archive in die Bewertungsdiskussion und die Integration der nicht-staatlichen Überlieferung, die im Rahmen einer relevanten Aufgabenerfüllung anfällt, in ein bereits bestehendes Bewertungsmodell.

Konstatieren lässt sich daraus auf jeden Fall, dass der Bewertung als archivischer Kernaufgabe in Zukunft eine immer wachsende Bedeutung zukommen wird.

---

<sup>70</sup> MENNE-HARITZ, Umriss einer zukünftigen Archivwissenschaft, S. 177-185.

## 6. Literaturverzeichnis

- BACIA, Jürgen u.a., Plädoyer für die Bewahrung der Geschichte von unten, in: *Der Archivar* 50, 1997, Sp. 299-310
- DERS. u.a., Archive von unten im Abseits. Plädoyer für die Stärkung freier Archive, in: *Der Archivar* 59, 2006, S. 166-172
- BECKER, Winfried, Die postmoderne Geschichtstheorie und die Dokumente, in: KRETZSCHMAR, Robert (Hg.), *Archive und Forschung. Referate des 73. Deutschen Archivtags 2002 in Trier (Der Archivar, Beiband 8)*, Siegburg 2003, S. 31-53
- BISCHOFF, Frank M., Bewertung als Gegenstand der Archivarsausbildung – Fragen aus Sicht der Archivschule Marburg, in: DERS./ KRETZSCHMAR, Robert (Hg.), *Neue Perspektiven archivischer Bewertung. Beiträge zu einem Workshop an der Archivschule Marburg, 15. November 2004 (Veröffentlichungen der Archivschule Marburg 42)*, Marburg 2005, S. 119-144
- BOOMS, Hans, Grenzen und Gliederungen zeitgeschichtlicher Dokumentationen in staatlichen Archiven, in: *Der Archivar* 19, 1966, Sp. 31-46
- DERS., Gesellschaftsordnung und Überlieferungsbildung. Zur Problematik archivischer Quellenbewertung, in: *Archivalische Zeitschrift* 68, 1972, S. 3-40
- DERS., Überlieferungsbildung. Keeping Archives as a Social and Political Activity, in: *Archivaria* 33, 1992, S. 25-33
- BRATHER, Hans-Stephan, Registraturgut – Archivgut – Sammlungen, in: *Archivmitteilungen* 12/5, 1962, S. 158-167
- BÜTTNER, Siegfried, Ressortprinzip und Überlieferungsbildung, in: KAHLENBERG, Friedrich (Hg.), *Aus der Arbeit der Archive – Beiträge zum Archivwesen, zur Quellenkunde und zur Geschichte. Festschrift für Hans Booms (Schriften des Bundesarchivs 36)*, Boppard 1989, S. 153-161
- BURKHARDT, Martin, *Arbeiten im Archiv. Praktischer Leitfaden für Historiker und andere Nutzer*, Paderborn 2006
- CONRAD, Horst, Die kommunale und private Archivpflege in Westfalen in Geschichte und Zukunft, in: *Archivpflege in Westfalen-Lippe* 57 (Oktober 2002), 2002, S. 16-20
- DE VRIES, J. Hanno, Die PIVOT-Methode in den Niederlanden, in: BLACK-VELDTRUP, Mechthild/DASCHER, Otfried/ KOPPETSCH, Axel (Hg.), *Archive vor der Globalisierung? Beiträge zum Symposium des Nordrhein-Westfälischen Hauptstaatsarchivs in Verbindung mit den Allgemeinen Reichsarchiven in Brüssel (Belgien) und Den Haag (Niederlande) vom 11. bis 13. September 2000 in Düsseldorf, Düsseldorf 2001*, S. 297-307
- DOHMS, Peter, Bürgerbewegungen nach 1945. Zur Problematik archivischen Sammelns im nicht-staatlichen Bereich, in: KASTNER, Dieter (Hg.), *Fotos und Sammlungen im Archiv (Archivhefte des Landschaftsverbands Rheinland/Archivberatungsstelle 30)*, Köln 1997, S. 195-207
- DERS., Staatliche Archive und nichtstaatliches Archivgut. Chancen, Grenzen und Gefahren, in: DRÜPPEL, Christoph J./ RÖDEL, Volker (Hg.), *Überlieferungssicherung in der pluralen Gesellschaft. Verhandlungen des 57. Südwestdeutschen Archivtags am 10. Mai 1997 in Aschaffenburg (Werkhefte der staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg, Serie A, Heft 11)*, Stuttgart 1998, S. 39-52
- EHLERS, Martin, Anleitung zur Schriftgutaufbewahrung, in: *Sammeln – Archivieren – Auswerten. Ein Leitfaden für Vereinsarchive, Festschriften und Jubiläumsausstellungen, Vaihingen/Enz* <sup>3</sup>2000, S. 14-29
- ENDERS, Gerhard, Zum Archivgut- und Registraturbegriff, in: *Archivmitteilungen* 13/4, 1963, S. 143-146
- ERBACHER, Friedrich, Das Archiv Aktiv in Hamburg – einzigartige Quellensammlung zu Geschichte, Theorie und Praxis der gewaltfreien Bewegung, in: *Friedensforum* 5, 2004; elektronische Ressource: <http://www.friedenskooperative.de/ff/ff04/5-76.htm>
- FRWEIN, Jochen A., Archive und Verfassungsordnung, in: *Archive und Herrschaft. Referate des 72. Deutschen Archivtags 2001 in Cottbus (Der Archivar, Beiband 7)*, Siegburg 2002, S. 9-26

- GÖTZ VON OLENHUSEN, Albrecht, Rezeption und Repression. Bericht über das Freiburger Raubdruckarchiv 1968-1998, in: UFITA. Archiv für Urheber- und Medienrecht 139, 1999, S. 253-265 (eine kürzere Fassung im Leipziger Jahrbuch zur Buchgeschichte 8, 1998, S. 355-363)
- DERS., Handbuch der Raubdrucke, Freiburg <sup>2</sup>2002
- GRANIER, Gerhard, Die archivarisches Bewertung von Dokumentationsgut – eine ungelöste Aufgabe, in: Der Archivar 27, 1974, Sp. 231-240
- GÜNTHER, Herbert, Zur Übernahme fremden Archivguts durch staatliche Archive, in: Archivalische Zeitschrift 79, 1996, S. 37-64
- HAGEMANN, Robbert Jan B., Ein neues niederländisches Verfahren zur Bewertung von Registraturgut, in: Archivpflege in Westfalen und Lippe 41, 1995, S. 20–24
- HAUNSS, Sebastian, Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung (Bürgergesellschaft und Demokratie 19), Wiesbaden 2004.
- HOL, Roelof, Die Zergliederung der Handlungsträger – PIVOT: Die Umstellung der Bewertung von Papier auf die Bewertung von Handlungen durch die zentralen Staatsarchive in den Niederlanden nach 1940, in: WETTMANN, Andrea (Hg.), Bilanz und Perspektiven archivischer Bewertung. Beiträge eines archivwissenschaftlichen Kolloquiums (Veröffentlichungen der Archivschule Marburg 21), Marburg 1994, S. 47-61
- HÜTTNER, Bernd, Archive von unten. Bibliotheken und Archive der neuen sozialen Bewegungen und ihre Bestände, Neu-Ulm 2003
- DERS., Reflexionen zum Verhältnis von staatlichen, kommunalen und ‘alternativen’ Archiven, in: Archiv-Nachrichten Niedersachsen, Heft 8, 2004, S. 131-134
- DERS., Vorwärts und viel vergessen. Beiträge zur Geschichte und Geschichtsschreibung neuer sozialer Bewegungen (Materialien der Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitischer Arbeitskreise 175), Neu-Ulm 2005
- JANN, Werner, Governance als Reformstrategie. Vom Wandel und der Bedeutung verwaltungspolitischer Leitbilder, in: SCHUPPERT, Gunnar Folke (Hg.), Governance-Forschung. Vergewisserung über Stand und Entwicklungslinie, Bd. 1, Baden-Baden 2005, S. 21-43
- KELLERHALS, Andreas, Navigieren in der Zeit. Strategiedefinition als Akt der Selbstbestimmung und Ausdruck von Eigenverantwortlichkeit, in: Archive und Öffentlichkeit: 76. Deutscher Archivtag in Essen, 2007, S. 45-49
- KERSTING, Franz-Werner, Demokratisierung der Überlieferung? Die Archive sozialer Bewegungen, in: Archivpflege in Westfalen-Lippe 55 (Oktober 2001), 2001, S. 7-10
- KISSLING, Rickmer, Seminare, Archivkartons, Internet. Die Unterstützung der regionalen Archivpflege durch die zentralen Dienste des Westfälischen Archivamts, in: Archivpflege in Westfalen-Lippe 57 (Oktober 2002), 2002, S. 20-25
- KOOIMAN, Jan, Governance. A social-political Perspective, in: GROTE, Jürgen/ GBIKPI, Bernhard (Hg.), Participatory Governance. Political and Societal Implications, Opladen 2002, S. 71-96
- KOLTAN, Michael, Unkonventionelle Materialien benötigen unkonventionelle Herangehensweisen. Das ‘Alexandria’-Projekt des Archivs für soziale Bewegungen, 2003: <http://www.sociologie.uni-freiburg.de/asb/pdf/alexandria.pdf>
- KRETER, Karljosef, Besprechung von Bernd Hüttner, *Archive von unten*, Neu-Ulm 2003, in: Archiv-Nachrichten Niedersachsen, Heft 7, 2003, S. 120-122
- KRETZSCHMAR, Robert, Vertikale und horizontale Bewertung. Ein Projekt der staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg, in: Der Archivar 49, 1996, Sp. 257-260
- DERS., Archivische Bewertung und Öffentlichkeit – Ein Plädoyer für mehr Transparenz bei der Überlieferungsbildung, in: KRIMM, Konrad/ JOHN, Herwig (Hg.), Archiv und Öffentlichkeit – Aspekte einer Beziehung im Wandel. Zum 65. Geburtstag von Hansmartin Schwarzmaier (Werkhefte der staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg, Serie A, Heft 9), Stuttgart 1997, S. 145-156
- DERS., Historische Gesamtdokumentation? Überlieferungsbildung im Verbund, in: RÖDEL, Volker (Hg.), Überlieferungssicherung in der pluralen Gesellschaft (Werkhefte der staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg, Serie A, Heft 11), Stuttgart 1998, S. 53-69
- DERS., Spuren zukünftiger Vergangenheit. Archivische Überlieferungssicherung im Jahr 2000 und die Möglichkeiten einer Beteiligung der Forschung, in: Der Archivar 53, 2000, S. 215-222

- DERS., Staatliche Archive als bürgernahe Einrichtungen mit kulturellem Auftrag, in: *Der Archivar* 56, 2003, S. 213-220
- DERS. u.a., Die deutschen Archive in der Informationsgesellschaft – Standortbestimmung und Perspektiven, in: *Der Archivar* 57, 2004, S. 28-36
- DERS., Tabu oder Rettungsanker? Dokumentationspläne als Instrument archivischer Überlieferungsbildung, in: *Der Archivar* 57, 2004, S. 301-206
- DERS., Positionen des Arbeitskreises Archive Bewertung im VdA (Verband deutscher Archivarinnen und Archivare) zur archivischen Überlieferungsbildung, in: *Der Archivar* 58, 2005, S. 88-94
- DERS., Besprechung von Bernd Hüttner, *Archive von unten*, Neu-Ulm 2003, in: *Der Archivar* 58, 2005, S. 222
- LADUCH, Manfred/ SCHÜTTE, Heino/ WAGENBLAST, Reinhard, Mutlanger Heide. Ein Ort macht Geschichte, Schwäbisch Gmünd 1990
- LANGBRANDTNER, Hans-Werner, Künstler, Bürgerinitiativen gesellschaftliche Randgruppen... – Überlieferungssicherung im Rheinland, in: REIMANN, Norbert u. a. (Hg.), *Archive und Gesellschaft. Referate des 66. Deutschen Archivtags 1995 in Hamburg (Der Archivar, Beiband 1)*, Siegburg 1996, S. 95-106
- LE GOFF, Armelle, *The Records of NGOs, Memory... To Be Shared. A Practical Guide in 60 Questions*, 2004: <http://www.ica.org/en/node/30140>.
- LÜBBE, Hermann, Die Zukunft der Vergangenheit. Kommunikationsnetzverdichtung und das Archivwesen, in: *Die Archive am Beginn des 3. Jahrtausends – Archivarbeit zwischen Rationalisierungsdruck und Serviceerwartungen. Referate des 71. Deutschen Archivtags 2000 in Nürnberg (Der Archivar, Beiband 6)*, Siegburg 2002, S. 5-23
- MAYNTZ, Renate, Governance im modernen Staat, in: BENZ, Arthur (Hg.), *Governance. Regieren in komplexen Regelsystemen*, Wiesbaden 2004, S. 65-76
- MENNE-HARITZ, Angelika, Archivierung oder Dokumentation. Terminologische Fallen in der archivischen Bewertung", in: WETTMANN, Andrea (Hg.), *Bilanz und Perspektiven archivischer Bewertung. Beiträge eines archivwissenschaftlichen Kolloquiums (Veröffentlichungen der Archivschule Marburg, Nr. 21)*, Marburg, 1994, S. 223-235
- DIES., Umriss einer zukünftigen Archivwissenschaft, in: *50 Jahre Verein deutscher Archivare. Bilanz und Perspektiven des Archivwesens in Deutschland. Referate des 67. Deutschen Archivtags 1996 in Darmstadt (Der Archivar, Beiband 2)*, Siegburg 1997, S. 177-185
- OBENAU, Herbert, Archivische Überlieferung und gesellschaftliche Wirklichkeit, in: REIMANN, Norbert u. a. (Hg.), *Archive und Gesellschaft. Referate des 66. Deutschen Archivtags 1995 in Hamburg (Der Archivar, Beiband 1)*, Siegburg 1996, S. 9-33
- OLEJNICZAK, Claudia, *Die Dritte-Welt-Bewegung in Deutschland. Konzeptionelle und organisatorische Strukturmerkmale einer neuen sozialen Bewegung*, Wiesbaden 1998
- PAPRITZ, Johannes, *Archivwissenschaft*, 4 Bde., Marburg <sup>2</sup>1983 (Reprint 1998)
- POLLEY, Rainer, Variatio delectat? – Die Archivgesetze von Bund und Ländern im Vergleich, in: DERS. (Hg.), *Archivgesetzgebung in Deutschland. Beiträge eines Symposions (Veröffentlichungen der Archivschule Marburg 18)*, Marburg 1991, S. 21-47
- REIMANN, Norbert, *Kulturgutschutz und Hegemonie. Die Bemühungen der staatlichen Archive um ein Archivalienschutzgesetz in Deutschland 1921 bis 1972*, Münster 2003
- RHODES, R. A. W., The new Governance. Governance without Government, in: *Political Studies* 44/4, 1996, S. 652-667
- ROTH, Roland, *Demokratie von unten. Neue soziale Bewegungen auf dem Wege zur politischen Institution*, Köln 1994
- RUCHT, Dieter, Von der Bewegung zur Institution? Organisationsstrukturen der Ökologiebewegung, in: DERS./ ROTH, Roland (Hg.), *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland (Studien zur Geschichte und Politik 252)*, Bonn 1987, S. 238-260
- SCHÄFER, Udo, Archivische Überlieferungsbildung in Kooperation zwischen Archiven und Behörden verschiedener Träger. Das Projekt zur vertikalen und horizontalen Bewertung in Baden-Württemberg, in: REIMANN, Norbert (Hg.), *Vom Findbuch zum Internet – Erschließung von Archivgut vor neuen Herausforderungen. Referate des 68. Deutschen Archivtages 1997 in Ulm (Der Archivar, Beiband 3)*, Siegburg 1998, S. 165-173

- SCHARNHOLZ, Theodor (Hg.), *The American military presence and civil-military relations in Germany: A guide to sources in American and German archives* (German Historical Institute, Washington D.C., Reference Guide 16), Washington D.C. 2002
- SCHMID, Gerhard, Zum Begriff des Sammlungsgutes, in: *Archivmitteilungen* 14/4, 1964, S. 140-145
- SCHOCKENHOFF, Volker, Nur „zölibatäre Vereinsamung“? Zur Situation der Archivwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland 1946-1996, in: *50 Jahre Verein deutscher Archivare – Bilanz und Perspektiven des Archivwesens in Deutschland. Referate des 67. Deutschen Archivtags 1996 in Darmstadt* (Der Archivar, Beiband 2), Siegburg 1997, S. 163-175
- DERS., Nur keine falsche Bescheidenheit! Tendenzen und Perspektiven der gegenwärtigen archivarischen Bewertungsdiskussion in der Bundesrepublik, in: BECK, Friedrich u. a. (Hg.), *Archivistica docet. Beiträge zur Archivwissenschaft*, Potsdam 1999, S. 91-111
- DERS., Archivwissenschaft in der Wende – Rückblicke und Perspektiven, in: BECK, Friedrich u. a. (Hg.), *Archive und Gedächtnis. Festschrift für Botho Brachmann*, Potsdam 2005, S. 331-341
- SCHÖNTAG, Wilfried, Nichtstaatliches Archivgut: Gefährdungen und Möglichkeiten der Sicherung in Zeiten knapper Kassen, in: KRETZSCHMAR, Robert u. a. (Hg.), *Nichtstaatliche und audiovisuelle Überlieferung. Gefährdungen und Lösungswege zur Sicherung* (Werkhefte der staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg, Serie A, Heft 8), Stuttgart 1997, S. 25-31
- SCHULZE, Winfried, Wie viel Überlieferung braucht die Geschichte? Überlegungen zur Ordnung des Bewahrens, in: METZING, Andreas (Hg.), *Digitale Archive – Ein neues Paradigma? Beiträge des 4. Archivwissenschaftlichen Kolloquiums der Archivschule Marburg* (Veröffentlichungen der Archivschule Marburg 31), Marburg 2000, S. 15-34
- TESKE, Gunnar, Sammlungen, in: REIMANN, Norbert (Hg.), *Praktische Archivkunde. Ein Leitfaden für Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste, Fachrichtung Archiv*, Münster 2004, S. 127-146
- THAMER, Hans Ulrich, Die Bedeutung von nichtamtlichem Archivgut als Ergänzungs- und Parallelüberlieferung für die Forschung, in: *Archivpflege in Westfalen-Lippe* 62 (April 2005), 2005, S. 3-7
- TREFFEISEN, Jürgen, *Im Benehmen mit ... – Formen der Kooperation bei Bewertungsfragen mit den betroffenen Behörden. Erfahrungen aus dem Staatsarchiv Sigmaringen*, in: KRETZSCHMAR, Robert (Hg.), *Historische Überlieferung aus Verwaltungsunterlagen. Zur Praxis der archivischen Bewertung in Baden-Württemberg* (Werkhefte der staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg, Serie A, Heft 17), Stuttgart 1997, S. 73-101, hier S. 82f.
- UEKÖTTER, Frank, Wie neu sind die Neuen Sozialen Bewegungen? Revisionistische Bemerkungen vor dem Hintergrund der umwelthistorischen Forschung, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen* 31, 2004, S. 115-138
- UHL, Bodo, Der Wandel der archivischen Bewertungsdiskussion, in: *Der Archivar* 43, 1990, S. 529-538
- VECHTEL, Anne, Zweites Treffen der ‘Archive von unten’ in Berlin – Ein Workshop-Bericht, in: *VdA-Mitteilungen der Fachgruppe* 6, Nr. 31, 2006, S. 49-57
- WASMUHT, Ulrike C. (Hg.), *Alternativen zur alten Politik? Neue soziale Bewegungen in der Diskussion*, Darmstadt 1989
- WITTE, Barbara, *Politische Inhalte und mediale Form am Exempel Jugendfunk und Neue Soziale Bewegungen*, Diss. Berlin 1998
- ZWICKER, Josef, Zum Stand der Bewertungsdiskussion in der Schweiz nebst Anmerkungen zu den Außengrenzen der Überlieferungsbildung, in: BISCHOFF, Frank M./ KRETZSCHMAR, Robert (Hg.), *Neue Perspektiven archivischer Bewertung. Beiträge zu einem Workshop an der Archivschule Marburg, 15. November 2004* (Veröffentlichungen der Archivschule Marburg 42), Marburg 2005, S. 101-118
- <http://www.archiv3.org>
- <http://www.archiv-aktiv.de>
- [http://www.bundesarchiv.de/bestaende\\_findmittel/bestaendeuebersicht/index\\_frameset.html](http://www.bundesarchiv.de/bestaende_findmittel/bestaendeuebersicht/index_frameset.html)
- <http://www.fes.de/archiv/spiegelung/default.htm>
- <http://www.ffbiz.de/htdocs/bewegungsarchiv/home.html>
- <http://www.frauvera.de>
- <http://www.friedenspaedagogik.de>

<http://www.his-online.de>

<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=1181>

<http://www.iz3w.org/iz3w/index.html>

[http://www.landesarchiv-bw.de/sixcms/media.php/25/richtlinien\\_sammlungstaetigkeit.pdf](http://www.landesarchiv-bw.de/sixcms/media.php/25/richtlinien_sammlungstaetigkeit.pdf)

<http://www.soziologie.uni-freiburg.de/asb/home.html>

[http://www.umweltbibliotheken.de/bibliothek\\_anzeigen.php4?id=19](http://www.umweltbibliotheken.de/bibliothek_anzeigen.php4?id=19)